
Arbeitsgemeinschaft ländliche Sozialforschung (ÖGS Österreichische Gesellschaft für Soziologie – Sektion Ländliche Sozialforschung)

Protokoll der Sitzung vom 20. November 2015

An der **80. Sitzung** der Arbeitsgemeinschaft nahmen teil:

Ausserer (Factum Traffic and Social Analysis), Brauer (Fachhochschule Kärnten), Fehrer (BMLFUW, Abt. II/1 Grundsatzabteilung Agrarpolitik und Datenmanagement), Fux (Bildungszentrum Gaming), Ganzberger (Universität für Bodenkultur Wien), Gehmacher (Sozialwissenschaftliche Studiengesellschaft), Gramm (Universität für Bodenkultur Wien), Grasberger (Landwirtschaftskammer NÖ, BBK Lilienfeld), Griesbacher (Universität Graz, Institut für Soziologie), Gschnell (BMLFUW, Abt. II/9 Bildung, Innovation, Lokale Entwicklung und Zusammenarbeit), Chr. Gruber (Wien), K. Gruber (Universität Wien, Institut für Geografie und Regionalforschung), Gstöttner (Ländliches Fortbildungsinstitut Oberösterreich), Högl (Medienkultur Wien), Holler (Landentwicklung Steiermark, Baubezirksleitung Südweststeiermark), Jungmair (Hochschule für Agrar- und Umweltpädagogik, Wien), Kolland (Universität Wien, Institut für Soziologie), Laister (LEADER-Region Weinviertel Donauraum), Th. Lampalzer (Wildbach- und Lawinenverbauung), E. Loibl (Bundesanstalt für Bergbauernfragen), Machold (Bundesanstalt für Bergbauernfragen), Niedermayr (Bundesanstalt für Agrarwirtschaft), Niedermayr (Bundesanstalt für Agrarwirtschaft), Nigmann (Bundesanstalt für Bergbauernfragen), Paller (BMLFUW, Abt. II/9a Erwachsenenbildung und Beratung), Pevetz (ehem. Bundesanstalt für Agrarwirtschaft), Pfadenhauer (Universität Wien, Institut für Soziologie), Pucher (Oekonews Wien), Pfadenhauer (Universität Wien, Institut für Soziologie), Rest (Universität Salzburg, Abt. Public Relations und Unternehmensorganisation), Rockenbauer-Peirl (BMLFUW, Abt. II/9 Bildung, Innovation, Lokale Entwicklung und Zusammenarbeit), Rosenwirth (BMLFUW, Abt. II/9 Bildung, Innovation, Lokale Entwicklung und Zusammenarbeit), Rossier (Agroscope Reckenholz-Tänikon, Schweiz), Schaller (SWS-Rundschau), A. Schwarz (BMLFUW, Abt. I/5 Mobilität, Verkehr, Lärm), Seiser (Universität Wien, Institut für Kultur- und Sozialanthropologie), Stanzer (Österreichisches Institut für Raumplanung), Stockreiter (Universität für Bodenkultur Wien), Strutzmann (Arbeiterkammer Wien), Summer (BMLFUW, Abt. II/9 Bildung, Innovation, Lokale Entwicklung und Zusammenarbeit), Trischler (Niederösterreichische Dorferneuerung), Tunst-Kamleitner (Universität für Bodenkultur, Institut für Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung), Untersberger (Landwirt, St. Peter in der Au), Wieser (Universität Wien, Institut für Soziologie), Wiesinger (Bundesanstalt für Bergbauernfragen), Zechmeister (Universität für Bodenkultur Wien), Zechmeister (Universität für Bodenkultur Wien), Zechner (BMASK Abt. V/A/6 Internationale Alterns- und Freiwilligenpolitik), Ziehaus (BMLFUW Abt. IV/3 Nachhaltige Entwicklung der Waldressourcen und Haushaltsangelegenheiten)

Entschuldigt haben sich:

M. Aigner, Altenbucher, Amann, Amberger, Aschenbrenner, Burger-Scheidlin, Cervinka, Darnhofer,

Egartner, Ehlers, Eigelsreiter-Jashari, M. Fischer, Fößleitner, Freyer, Fuhrmann, Gansler, Garstenauer, Haase, Hackl, Häfele, Hancvencl, Haubenhofer, Hausner, Hechenberger, Heisteringer, Helmle, Hirte, Hirschmugl-Fuchs, B. Hofer, Höllinger, Hoppichler, G. Huber, Kapferer, Kirner, Knöbl, A. Koch, Kroismayr, Langthaler, Larcher, Ledermüller, A. Müller, Oedl-Wieser, Panholzer, Payrhuber, Penker, Pernkopf, Pirkhuber, Pfusterschmid, Prop, E. Quendler, Resch, Schermer, Schmitt, Scholl, P. Schwarz, U. Schwarz, Šfastný, I. Strasser, Strempl, Tamme, Thünauer, Tod, Vogel, Vötsch, Wagentristl, Wankiewicz, Welan, K. Wiesinger, Winkler, Wohlmeyer, K. Wurm, Ziehaus, Zipper, Zsilincsar

Der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft **Wieser** begrüßt alle Anwesenden recht herzlich und eröffnet die Sitzung.

Im ersten Referat behandelt **Julia Anna Jungmair** das Thema „*Green Care-Tagesbetreuung am Bauernhof für SeniorInnen - Eine Chance zur Diversifizierung der (ober)österreichischen Landwirtschaft speziell für Bäuerinnen*“. Jungmair studierte Produktmarketing- und Projektmanagement an der *Fachhochschule Wiener Neustadt, Campus Wieselburg* mit den Schwerpunkten biologische sowie ökologische Konsumgüterwirtschaft und Agrarmarketing. Einen Abschnitt ihres Wirtschaftsstudiums absolvierte sie an der *Yonsei University* in Seoul, Südkorea. An der *Universität für Bodenkultur in Wien* schloss sie das Masterstudium Agrar- und Ernährungswirtschaft ab. Ergänzend studierte sie an der *Hochschule für Agrar- und Umweltpädagogik Wien*. Studienbegleitender Schwerpunkt war die Ökosoziale Marktwirtschaft. Frau Jungmair arbeitet derzeit als Projektleiterin für die Vermarktung pharmazeutischer Produkte bei der Firma *Sonnberg Dialog Management* in Linz.

I. Ausgangspunkt der Studie

Die Gründe, die zur Themenwahl führten, sind ebenso vielfältig wie die mit dieser Thematik verbundenen Problemstellungen. Es sind Entwicklungen wie der stetige Rückgang land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, der demografische Wandel, aber auch die Abwanderung aus ländlichen Gebieten, die die österreichische Land- und Forstwirtschaft sowie das Gesundheitssystem neben bereits bestehenden, auch vor zukünftige Herausforderungen stellen. 2013 lebten etwas weniger als 8,5 Mio. Menschen in Österreich, bis 2060 soll diese Zahl auf bis 9,3 Mio. steigen. Dieses Bevölkerungswachstum geschieht vorwiegend in urbanen Ballungsräumen, wohingegen der ländliche Raum an Einwohnern verliert.

Weiters werden derzeit 80% der Menschen mit Langzeitpflegebedarf von nahen Angehörigen betreut. Aufgrund der steigenden Lebenserwartung, der steigenden Erwerbstätigkeit der Frauen und gleichzeitig sinkender Geburtenraten – momentan liegt diese in Österreich bei 1,4 Kinder je Frau – ist von einem Rückgang dieser informellen Pflege- und Betreuungsdienstleistungen und einem höheren Bedarf an Pflege- und Betreuungsangeboten auszugehen.

Darüber hinaus gilt gerade die Abwanderung gut ausgebildeter, junger Menschen als Indikator für eine negative regionale Entwicklung und führt zum Verlust von Arbeitsplätzen in den Regionen, was wiederum in einer geringeren Nachfrage an Gütern und Dienstleistungen resultiert.

Es sind genau diese Entwicklungen, die nach neuen, ökonomisch nachhaltigen Lösungen verlangen, nach Lösungen, die auch in Zukunft den angesprochenen Herausforderungen begegnen, den veränderten Bedürfnissen einer immer älter werdenden Gesellschaft gerecht werden, und die kleinstrukturierte Landwirtschaft in Österreich auch für zukünftige Generationen attraktiv zu gestalten. Ein möglicher Lösungsansatz für diese Herausforderungen stellt das Modell „*Green Care*“ als Tagesbetreuung für Senioren und Seniorinnen dar.

Was versteht man unter „*Green Care*“? Man könnte jetzt eine Reihe von Definitionen vortragen und diese dann gemeinsam erörtern. Darauf soll an dieser Stelle verzichtet werden. Vielmehr soll das Augenmerk

nun darauf gerichtet werden, was der Begriff Green Care in und somit für Österreich bedeutet.

Durch Green Care wurde die Lebensmittel- und Umweltkompetenz der österreichischen LandwirtInnen mit den Bereichen Pädagogik, Therapie, Pflege & Betreuung und Sozialer Arbeit um eine soziale Komponente erweitert. Diese neue Produktpalette steht also für eine Vielzahl von Produkten und Dienstleistungsangeboten, die in Kooperation mit Sozialträgern und Institutionen direkt auf aktiven land- und forstwirtschaftlichen Betrieben angeboten wird.

II. Forschungsfragen

Ziel der Studie ist es, das Modell „Green Care“ im Betreuungsbereich anhand von niederländischen Referenzprojekten zu analysieren. Auf Grundlage der vorhandenen Theorie sowie im empirischen Vergleich soll geprüft werden, ob das Modell „Tagesbetreuung für SeniorInnen auf landwirtschaftlichen Betrieben“ auch in Österreich resp. in Oberösterreich umsetzbar ist. Die Niederlande wurden als Referenzgebiet ausgewählt, da Green Care als Tagesbetreuung für SeniorInnen dort bereits weitgehend etabliert ist und bereits praktische Erfahrungen in Bezug auf die Umsetzung von Green Care im Betreuungs- aber auch im Pflegebereich gesammelt werden konnten.

In diesem Zusammenhang ist weiters wichtig, dass der Fokus der Masterarbeit auf die Bäuerinnen gelegt wurde, da Frauen in der Sozialen Landwirtschaft und speziell im Pflege- und Betreuungsbereich stark vertreten sind und sehr wesentlich zu den vielfältigen Erscheinungsformen land- und forstwirtschaftlicher Betriebe beitragen.

Bild: Tagesbetreuungseinrichtung für SeniorInnen in den Niederlanden



Foto: Jungmair ©

Da Green Care in Österreich noch ein relatives Neuland darstellt, musste zunächst eine theoretische Basis geschaffen werden. Erst dann konnte in die praktische Umsetzung gegangen werden. Daher verfolgt der empirische Teil der Arbeit einen qualitativen Ansatz. Um das gestellte Ziel der Studie zu erreichen, wurden folgende drei Forschungsfragen definiert:

1. Mit welchen Maßnahmen kann der demografischen Entwicklung bei zeitgleicher Beachtung einer Rollenstärkung der Frauen im ländlichen Raum begegnet werden?
2. Welchen Nutzen und welche Vorteile bietet die „Green Care“ Tagesbetreuung auf landwirtschaftlichen Betrieben für die beteiligten Stakeholder?

3. Welche Maßnahmen müssen getroffen werden, um das niederländische Modell „Green Care“ Tagesbetreuung auf landwirtschaftlichen Betrieben mit Beachtung nachstehender Punkte in Österreich bzw. Oberösterreich zu etablieren?
- Rechtliche Rahmenbedingungen
 - Formen und Möglichkeiten der Finanzierung
 - Dienstleistungsangebot
 - Qualitätssicherung
 - Öffentlichkeitsarbeit und Interessensvertretung

III. Qualitatives Forschungsparadigma und Methodik

Um die Umsetzung von niederländischen Referenzprojekten in Oberösterreich überprüfen zu können und um die im Rahmen der Studie aufgeworfenen Fragen zu beantworten, wurden nach einer umfassenden Literaturrecherche im empirischen Teil eine Methodentriangulation durchgeführt. Den Hauptteil bildete dabei die Durchführung von elf teilstrukturierten Experteninterviews in Österreich und den Niederlanden. Die Interviewpartner wurden dabei nach vorab definierten Kriterien ausgewählt. Die Interviews mit ExpertInnen und Bäuerinnen wurden aufgezeichnet, zu Gesprächsprotokollen transkribiert und mittels qualitativer Inhaltsanalyse nach *Mayring (2008)* ausgewertet. In mehreren Durchläufen wurde jedes der elf Interviewtranskripte durch Wegstreichen ausschmückender und wiederholender Redewendungen komprimiert. Die qualitative Inhaltsanalyse nach *Mayring* sieht in einem weiteren Schritt die Paraphrasierung vor. Von diesem Schritt wurde jedoch Abstand genommen, da durch eine Paraphrasierung und damit weitere Kürzung bedeutende Inhalte der Experteninterviews verloren gegangen wären. Deswegen wurde mit der komprimierten Version der Interviewtranskripte weitergearbeitet.

Die Interviews mit den ExpertInnen und Bäuerinnen wurden in den Niederlanden im Zeitraum vom 19.-27. Mai 2014, jene in Österreich am 4. und 5. August sowie 12. Oktober 2014 durchgeführt.

Für die computerunterstützte Auswertung fand die Textanalysesoftware *Qualitative Daten Analyse (MAXQDA) 2007* Verwendung. Durch Analyse und Vergleich auf Kategorienebene konnten Gemeinsamkeiten, Regelmäßigkeiten bzw. Unterschiede in den Interviews festgestellt werden.

Durch den Vergleich der Literaturrecherche mit den Ergebnissen der Experteninterviews wurden Hinweise zur Machbarkeit, d.h. Umsetzbarkeit der „Green Care“ Tagesbetreuung in Österreich abgeleitet und daraus ganz konkrete Handlungsempfehlungen definiert.

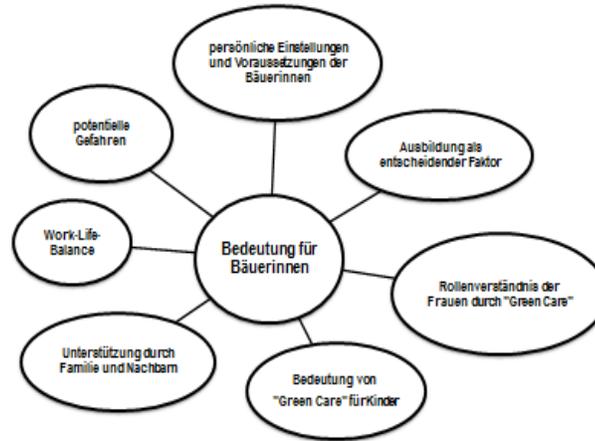
Insgesamt erfolgte eine Zuteilung von 520 Codes, welche in folgende fünf Hauptkategorien zusammengefasst wurden:

- Kategoriensystem 1: Bedeutung für Bäuerinnen
- Kategoriensystem 2: Rechtliche Rahmenbedingungen
- Kategoriensystem 3: Formen und Möglichkeiten der Finanzierung
- Kategoriensystem 4: Dienstleistungsangebot
- Kategoriensystem 5: Öffentlichkeitsarbeit und Interessensvertretung

Diese Hauptkategorien umfassen alle aus den Interviews generierten Codes und strukturieren zeitgleich die empirisch gewonnen Erkenntnisse.

Abbildung 1: Kategoriensystem 1 Bedeutung für Bäuerinnen

Kategoriensystem 1 Bedeutung für Bäuerinnen



Quelle: J.A. Jungmair (2015)

Beispielhaft für alle Kategoriensysteme sollte das Kategoriensystem 1 kurz vorgestellt werden. Dieses setzt sich aus insgesamt sieben Unterkategorien zusammen. Diese sind „*persönliche Einstellungen und Voraussetzungen der Bäuerinnen*“, „*Ausbildung als entscheidender Faktor*“, „*Rollenverständnis der Frauen durch Green Care*“, „*Bedeutung von Green Care für Kinder*“, „*Unterstützung durch Familie und Nachbarn*“, „*Work-Life-Balance*“ und „*potentielle Gefahren*“.

Ein Beispiel: „*Ich hab immer einen guten Job gebraucht, um glücklich zu sein. [...] Ich wollte eine gute Mutter sein und eine Kombination aus Beruf und Familie*“ (NLL3). Diese Aussage wurde dem Code „*Rollenverständnis der Frau durch Green Care*“ zugeordnet. Tatsächlich wären die einzelnen Aussagen natürlich für mehrere Kategorien passend. Im Vergleich zu den anderen Aussagen, erschien diese Codezuordnung jedoch adäquat.

IV. Ergebnisse

Bei der Darstellung der Ergebnisse soll mit dem *Kategoriensystem 1* „*Bedeutung für Bäuerinnen*“ begonnen werden. Vor allem für Frauen mit einer sozialen Grundausbildung bietet die Green Care Tagesbetreuung eine Möglichkeit ihren früheren Beruf selbstständig am eigenen Betrieb wieder aufzunehmen. Durch ihre vorhergegangene berufliche Tätigkeit verfügen sie zudem über Netzwerke, welche für die Umsetzung am eigenen Betrieb sehr hilfreich sind. Aufgrund dieser Kontakte werden Frauen auch als die Hauptinitiatorinnen und Antriebskräfte von Green Care gesehen. Und es ist genau diese neue Verantwortlichkeit sowie die De-Traditionalisierung auf landwirtschaftlichen Betrieben, die sehr wesentlich zu einer neuen, selbstbewussten Identitäts- und Rollenbildung der Frau im eher traditionellen agrarischen Sektor beitragen. Allerdings muss in diesem Zusammenhang auch berücksichtigt werden, dass aufgrund der primär weiblichen Verantwortlichkeiten im Bereich der Direktvermarktung, Veredlung oder Urlaub am Bauernhof die Ressourcen der Bäuerinnen für weitere Tätigkeiten (wie beispielsweise Green Care) eingeschränkt sind. Mit Ressourcen sind Kapazitäten für weitere Tätigkeiten, wie z.B. eine Green Care Tagesbetreuung zu verstehen. Als Schlussfolgerung ist davon auszugehen, dass der Pflege- und Betreuungsbereich auch in Zukunft eine tendenziell eher weibliche Tätigkeit darstellen wird. Vorurteile und unterschwellige Ängste oder Konflikte können mitunter als Gründe gesehen werden. In diesem Zusammenhang muss natürlich auch hinterfragt werden, ob die Green Care Tagesbetreuung tatsächlich als eine ausschließlich weibliche Tätigkeit vermarktet werden soll. Denn dadurch würde die Feminisierung dieses Bereiches weiterhin vorangetrieben werden.

Kommen wir nun zu den Ergebnissen aus dem *Kategoriensystem 2 „Rechtliche Rahmenbedingungen“*. Obwohl die Altenbetreuung im Rahmen von „Green Care“ auf landwirtschaftlichen Betrieben Ressourcen aus der Land- und Forstwirtschaft nutzt, stellt sie eine gewerbliche Tätigkeit und somit keine im Rahmen der Land- und Forstwirtschaft diversifizierbare Tätigkeit dar. Das Problem ist, dass vor allem kleinstrukturierte Betriebe darauf bedacht sind, sehr wohl in der Pauschalierung zu bleiben. Daher muss die Green Care Tagesbetreuung auch für kleinstrukturierte landwirtschaftliche Betriebe im Rahmen der Pauschalierung nutzbar sein. Dazu bedarf es eine Anerkennung von Green Care als eine, im Rahmen der Land- und Forstwirtschaft mögliche Nebentätigkeit. Als eine Möglichkeit könnte Green Care unter Tätigkeiten, die nicht unter die *Gewerbeordnung (GewO, BGBl. Nr. 194/1994)* fallen, wie z.B. „Privatunterricht“, „Erziehung“ oder „Heilkunde“ hineinfallen. Gelingt dies nicht, bleibt Green Care weiterhin ausschließlich als gewerbliche Form nutzbar und damit für viele Betriebe unattraktiv.

Weiters gelten das Einzugsgebiet einer Green Care Tagesbetreuung und der Transport der KlientInnen sowohl als klarer Erfolgs-, zeitgleich aber auch als limitierende Faktoren hinsichtlich der Zielgruppe. Die Tatsache, dass sich landwirtschaftliche Betriebe tendenziell, d.h. nicht immer, aber doch meistens in ländlichen Gegenden befinden, kann sich negativ auf die Auslastung auswirken, weil sich die Zielgruppe meistens in den Ballungszentren befindet. Daraus ergeben sich aber sowohl Chancen für kleinere Betreuungsstrukturen in Stadtnähe, als auch für Transportunternehmen, die ein neues Geschäftsfeld erschließen möchten. Zudem sind der Literatur (vgl. ZENTAS 2008) zufolge viele KlientInnen nicht bereit sich die Tagesbetreuung als Form der Betreuung zu leisten bzw. erlauben es ihre finanziellen Ressourcen nicht. Aus diesem Grund entscheiden sie sich viele Menschen für stationäre Pflege- und Betreuungseinrichtungen, obwohl eine Pflege bzw. Betreuung im eigenen Zuhause sehr wohl noch problemlos möglich wäre. Hinzu kommt, dass kleine Betriebe derzeit dieselben gewerblichen Voraussetzungen einhalten müssen wie Großinstitutionen. Dieser Mehraufwand ist nur durch Kooperation mit Sozialträgern und Institutionen, wie z.B. Gemeinden, zu bewältigen. Als Schlussfolgerung kann man sagen, dass durch die Schaffung geeigneter Strukturen, finanzieller Unterstützung und Integration von Stakeholdern (z.B. Sozialträgern, Gemeinden, Bürgermeister) sich ein enormes Einsparungspotential für den Pflege- und Betreuungssektor ergeben kann. Eine erfolgreiche Etablierung von Green Care ist demnach wieder nur durch Zusammenarbeit möglich.

In Hinblick auf die Ergebnisse des *Kategoriensystems 3 „Formen und Möglichkeiten der Finanzierung“* lassen sich folgende Aussagen treffen. In Österreich sieht das *Programm für Ländliche Entwicklung LE 2014-2020* in Priorität 6, „*Armutsbekämpfung und soziale Integration*“ eine einmalige Investitionsförderung für landwirtschaftliche Investitionskosten von Green Care Projekten vor. Durch diese klare Zielformulierung ergeben sich Chancen für eine engere Zusammenarbeit zwischen den Bereichen Landwirtschaft, Soziales und Gesundheit. Durch die zukünftig effizientere Koordinierung des *Gemeinsamen strategischen Rahmens (GSR)* der EU ergeben sich große Chancen auch für die Finanzierung sektorenübergreifender, sozialintegrativer Kooperationsprojekte wie z.B. zwischen dem *Arbeitsmarktservice (AMS)* und dem Sozialministerium im Rahmen von LEADER, etwas das es bis dato noch nicht gegeben hat. Trotz der Potentiale von Green Care dürfen die Gefahren, welche u.a. von unterschwelligem Konflikten und meist geschichtlich begründeter Ängste, z.B. Ängste vor billigen Dumping Angeboten, sowie Gefahren, die von politischen und finanziellen Interessen ausgehen, keinesfalls unterschätzt werden. Die Bewusstseinsbildung sowie die wissenschaftliche Begleitung bauen hier Ängste ab, beugen falschen Erwartungen sowie unterschwelligem Konflikten vor und schaffen Akzeptanz bei den involvierten (politischen) Stakeholdern aus dem landwirtschaftlichen und dem sozialen Bereich, den Gemeinden und der Gesellschaft. Für letztere bedarf es neben der Unterstützung auf Bundesebene auch den konkreten Umsetzungswillen der Landwirtinnen und Landwirte auf lokaler Ebene. Schließlich sind es letztlich die Landwirtinnen und Landwirte, die diese Projekte umsetzen müssen. In diesem Zusammenhang geht es auch ganz stark um eine überlegte Kommunikationsstrategie. Der Gesundheitssektor wird nicht bereits sein, sich an einer Finanzierung zu beteiligen, wenn das Projekt Green Care als ausschließlich

landwirtschaftliche Tätigkeit vermarktet wird. Demnach kann eine Finanzierung erst durch Kooperation und das Vertrauen des „grünen“ (d.h. landwirtschaftlicher Bereich) und des „weißen“ Bereiches (d.h. medizinischer bzw. Gesundheitsbereich) sichergestellt werden.

Zum *Kategoriensystem 4 „Dienstleistungsangebote“* lässt sich ausführen, dass als Ergänzung zum Basisprogramm und Abgrenzung vom Dienstleistungsangebot konventioneller Tagesbetreuungseinrichtungen (d.h. außerhalb von Green Care), sich auch Chancen für *pädagogische Angebote* ergeben. Bei der Angebotsgestaltung kann der Landwirt/die Landwirtin auch die Rolle als Natur- und LandschaftsvermittlerIn einnehmen. Mit pädagogischen Angeboten (z.B. Waldpädagogik) könnten auch die Landwirte (d.h. Männer) integriert werden, denn „Wald“, „Holz“ oder „Jäger“ sind psychologisch männlich konnotiert. Somit könnte hier einer Feminisierung entgegen gewirkt werden. Außerdem könnte dadurch auch der gesellschaftlichen „Entfremdung von der Natur“ begegnet werden. Aber auch bei den pädagogischen Angeboten muss falschen Erwartungen von einer „idyllischen oder scheinidyllischen Landwirtschaft“ (z.B. „Ja-Natürlich-Schwein“) und den damit einhergehenden Enttäuschungen vorgebeugt werden. Kleine, limitierte Strukturen lassen sich zudem sehr gut mit anderen Betriebszweigen kombinieren. Hier werden speziell in der Direktvermarktung Chancen für Produkte mit einem sozial produzierten Mehrwert gesehen. In diesem Zusammenhang werden auch Pilotprojekten mit kleinen Landgemeinden in Stadtnähe große Potentiale zugeschrieben. Die LandwirtInnen können hier beispielsweise an Konzepte wie „City Farming“ anknüpfen aber auch an kollektiv geführte Hofläden und/oder betriebsangeschlossenen Cafés, wo dann z.B. die selbst- und gemeinschaftlich erzeugten Produkte angeboten werden.

Man kann also sagen, dass sich die Menschen in unsicheren Zeiten wieder verstärkt an vertrauten Werthaltungen wie beispielsweise den bäuerlichen Strukturen orientieren. Daraus ergeben sich folgende zwei Schlussfolgerungen:

1. Orte der Begegnungen“ erlauben die gesellschaftlichen Sehnsüchte zu stillen und die KlientInnen sowie LandwirtInnen in die lokale Bevölkerung zu integrieren und
2. Green Care ist nur dann sinnvoll, wenn neben der persönlichen Überzeugung der LandwirtInnen auch eine landwirtschaftliche und soziale Ausbildung vorhanden und die betriebliche Ausgangssituation passend ist.

Das *Kategoriensystem 5 „Öffentlichkeitsarbeit und Interessensvertretung“* beinhaltet auch die Qualitätssicherung. Die gesellschaftliche Akzeptanz wird wesentlich von der Akzeptanz regionaler Stakeholder (Bürgermeister, Gemeinderäte, Gastwirte, sonstige Potentaten und Meinungsmacher etc.) beeinflusst. Neben der gesellschaftlichen Akzeptanz ist der Erfolg einer Green Care Tagesbetreuung auch von der Akzeptanz des Sozial- und Pflegesektors sowie den Gemeinden abhängig. Durch gegenseitiges Vertrauen und Kooperationen zwischen den Stakeholdern, kann hier eine Synergieentwicklung gefördert werden. Kooperationen zwischen dem landwirtschaftlichen, sozialen und medizinischen Bereich schaffen eine Gleichwertigkeit und gelten als Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Etablierung von Green Care. Kooperationsprojekte zwischen Gemeinden und Sozialträgern stärken zudem die Infrastruktur ruraler Räume, schaffen zusätzliche attraktive Arbeitsplätze und können damit der Abwanderung aus ländlichen Gebieten begegnen. Weiters können durch eine Green Care Tagesbetreuung vorhandene Ressourcen, wie z.B. ein örtliches Gasthaus, besser ausgelastet werden. Damit werden Arbeitsplätze in Gemeinden gehalten. Die Wertschöpfung bleibt in den Gemeinden und diese damit als Arbeits- und Lebensraum attraktiv.

V. Schlussfolgerungen

Trotz der großen Potentiale von Green Care dürfen die bereits erwähnten Gefahren und Ängste keinesfalls unterschätzt werden. Denn durch Ängste entstehen unterschwellige Konflikte, damit

einhergehende Konkurrenzsituationen und reflexartige Widerstände – wo eigentlich keine sein dürften – zwischen den beteiligten Stakeholdern. Demnach ergibt sich die Schlussfolgerung, dass nur durch anerkannte Ausbildungen, Adaption bestehender Zertifizierungsrichtlinien sowie wissenschaftliche Begleitung Ängste abgebaut, falschen Erwartungen vorgebeugt, Sicherheit gegeben und die Akzeptanz in der Gesellschaft und bei den beteiligten Stakeholdern geschafft werden können.

Das Schwierigste ist wohl, die Studie über die Zukunft der Green Care Tagesbetreuung in Österreich bzw. in Oberösterreich in einem Satz auf den Punkt zu bringen: *„Als etabliertes, kleinstrukturiertes und qualitativ hochwertiges Nischenprodukt kann eine Green Care Tagesbetreuung nie für alle, sehr wohl aber für einzelne land- und forstwirtschaftliche Betriebe im nahen urbanen Raum eine sinnvolle Ergänzung oder Alternative zur bestehenden Betriebsausrichtung darstellen.“*

Diskussion

Rest: Sie haben also elf ExperInnen befragt. Wie setzt sich dieses Sample zusammen?

Jungmair: Man darf nicht nur von ExpertInnen sprechen, sondern es waren ExpertInnen und Bauern/Bäuerinnen aus Österreich und den Niederlanden. Sechs Personen wurden in den Niederlanden und fünf in Österreich interviewt. In den Niederlanden waren es zwei Experten und vier LandwirtInnen, in Österreich ein landwirtschaftlicher Betrieb und vier ExpertInnen aus den Bereichen Gesundheit & Soziales, Politik, Recht sowie Administration und Wissenschaft, welche sich direkt mit Green Care beschäftigen. Wie bereits erwähnt, erfolgte die Auswahl nach vorab definierten Kriterien wie bspw. „wissenschaftliche Expertise auf dem Gebiet Green Care, Verstehen von Strukturen und Zusammenhängen, die Green Care in Österreich bzw. in den Niederlanden oder den landwirtschaftlichen Sektor in Österreich bzw. in den Niederlanden betreffen“, BetriebsleiterInnen landwirtschaftlicher Green Care Tagesbetreuungen mit Zielgruppe Senioren“ etc.

Kolland: Das Referat erinnert stark an eine Werbeveranstaltung für Green Care. In der Präsentation wurde leider zu wenig versucht empirische Forschungsergebnisse wissenschaftlich aufzubereiten, um analytisch vor dem Hintergrund dieser empirischen Ergebnisse zu einer Einschätzung zu kommen. Es sind zu viele präskriptive Aussagen enthalten, die Arbeit ist zu normativ. Ihre persönliche Position und die Meinung der ExpertInnen und LandwirtInnen werden nicht ersichtlich. Das Ergebnis der Arbeit lässt sich dadurch nur schwer einschätzen. Es gab leider auch nur sehr wenig Information zu diesem an sich sehr interessanten Sektor Green Care. Warum wurde das Augenmerk ausschließlich auf die Tagesbetreuung gelegt und nicht z.B. auch auf das Betreute Wohnen? Weiters ist dies ein Top-Down Ansatz. Irgendwer scheint Green Care verordnet zu haben. Ich glaube, dass das so überhaupt nicht funktionieren kann. Was ist mit Ansätzen von Netzwerkbildung von unten? Das kommt leider alles bei diesem wichtigen Thema nicht zu tragen.

Jungmair: Vielen Dank für Ihre Rückmeldung. Solches Feedback ist wichtig, da es wesentlich zu einer qualitativen Diskussion beiträgt. Green Care ist ein innovatives Thema und relatives Neuland in Österreich. In den Niederlanden ist das schon mehr etabliert. Die Aussagen in der Präsentation geben nicht meine eigene Meinung wieder, sondern sie stammen ausschließlich aus den Experteninterviews bzw. aus der Literaturrecherche. Die Idee landwirtschaftliche Produktion mit Gesundheits- und sozialen Dienstleistungen zu kombinieren, wurde in den Niederlanden als „Bottom-up“ Prozess der LandwirtInnen gestartet (Hassink et al. 2006: 165). Aus den Ergebnissen der Experteninterviews wird ersichtlich, dass es für eine erfolgreiche Positionierung von „Green Care“ neben „Bottom-up“ auch „Top-down“ Prozesse und eine partizipative Vernetzung mit bereits bestehenden „Green Care“ Vorzeigebetrieben benötigt. Sowohl bei den LandwirtInnen, als auch bei den Sozialträgern bildet der Abbau von Ängsten zudem einen wesentlichen Teil der Bewusstseinsbildung. Um Ihre weiteren

Anmerkungen zufriedenstellend beantworten so können, würde ich mehr als die vorgegebene Zeit beanspruchen.

Chr. Gruber: In welchem Konnex stehen die Ergebnisse zu den sehr umfangreich formulierten drei Forschungsfragen am Anfang? Diese Forschungsfragen waren sehr lang und jede für sich wäre eigentlich schon fast ein Thema. Wird über die in Ihrer Präsentation verwendeten Bilder überhaupt ein richtiges Verständnis zur Green Care Tagesbetreuung vermittelt? Bilder sind nämlich sehr prägend, gerade wenn es um etwas Innovatives und um Verständnisvermittlung geht.

Jungmair: Diese Entscheidung wurde ganz bewusst von mir getroffen. Da es sich um ein in Österreich noch sehr junges und innovatives Thema handelt, wollte ich das ebenso vermitteln. Ich komme aus dem Marketingbereich und habe dadurch vielleicht einen etwas anderen Zugang.

Chr. Gruber: Es wird etwas versprochen, was nicht hält, aber die Sehnsucht des Menschen bleibt. Das ist eine wesentliche Aufgabe von Marketing. Aber auch Marketing soll ein Stück weit das Versprechen einhalten, gerade wenn es um die Platzierung von etwas Neuem geht. Es soll auch etwas versprochen werden, das eintritt.

Jungmair: Menschen, die nicht aus der Landwirtschaft stammen besitzen oft Aversionen, Vorurteile oder ein verfälschtes, idyllisches Bild der Landwirtschaft. Wie bereits erwähnt, stellen neben unrealistischen Erwartungshaltungen, unterschwelligem Konflikten wie Konkurrenzsituationen oder Ängsten, auch vorgeschobene Argumente sowie unterschiedliche Interessen eine Herausforderung für die Etablierung der „Green Care“ Tagesbetreuung dar. Ein Ergebnis der Arbeit ist auch, dass in unseren Zeiten vertraute Strukturen oft als Instantlösung für die gesellschaftlichen Probleme gesehen werden. Diese Instantlösung kann aber die Landwirtschaft nicht bieten und erfüllen. Deswegen soll falschen Erwartungen durch Marketing oder durch Bilder, die womöglich falsche Eindrücke vermitteln, begegnet werden. Sie finden diese und weitere Ausführungen diesbezüglich in meiner Arbeit.

Rosenwirth: Was ist die Wertschöpfung für diese Betriebe im landwirtschaftlichen Bereich und im sozialen Bereich? Was ist der Beitrag zum Haushaltseinkommen, dieser v.a. von Bäuerinnen ausgeübten Tätigkeit in den Niederlanden? Was ist die Wertschöpfung in der Gemeinde? Sie erwähnten ja die Gasthäuser. Gibt es dazu Erkenntnisse aus der Literaturrecherche und aus den Interviews? Denn am Ende des Tages ist für die Betriebe entscheidend, was finanziell übrig bleibt. Bei der Finanzierung haben Sie Fördermöglichkeiten wie LEADER angesprochen. Es gibt aber auch noch den Bereich Investitionsförderung im Programm für Ländliche Entwicklung LE 2014-2020. Für kleinere Betriebe gibt es in der Diversifizierung eine neue Maßnahme bei den Basisdienstleistungen, wenn sie einen Schritt von der Landwirtschaft z.B. ins Gewerbe machen. Auch bei den sozialen Diensten werden nun Investitionsmaßnahmen unterstützt. Haben Sie sich angeschaut, ob das auch im Bereich der Altenbetreuung bzw. Tagesbetreuung genutzt werden kann, weil auch für den Gesundheits- und Sozialsektor dabei Möglichkeiten bestehen? Sie haben auch die Zusammenarbeit und Netzwerke angesprochen. Es gibt eine „Maßnahme 16“ in LE 2014-2020 zur Förderung der Zusammenarbeit auch für diesen Bereich, wo man die Stakeholder zusammenbringen kann. Was ist nun für Oberösterreich bzw. Österreich das Potential? Wie viele landwirtschaftliche Betriebe gibt es, die sowohl eine landwirtschaftliche als auch soziale Ausbildung hätten und wo auch die betriebliche Situation passen würde?

Jungmair: Durch soziale und integrative Projekte wie die „Green Care“ Tagesbetreuungseinrichtung auf landwirtschaftlichen Betrieben können vor allem in ländlichen Regionen Arbeitsplätze geschaffen und vorhandene Ressourcen der Gemeinde genutzt werden. Dies bestätigen sowohl die Ergebnisse der Literaturrecherche (*Wiesinger 2011: 35; Dessein & Bock 2010: 18*), als auch die Experteninterviews aus Österreich. Auf Ihre konkrete Frage „Was bleibt finanziell über?“ habe ich leider keine ebenso konkrete Antwort. Zwei Bäuerinnen haben jedoch klar gesagt, dass, wenn sie Green Care nur wegen des Geldes

wegen machen würden, dies die falsche Motivation wäre bzw. sie es wahrscheinlich nicht lange machen würden. Die Förderungen betreffend, habe ich mir einen Teil, wie die von Ihnen angesprochene Investitionsförderung angesehen. Ich fand es selbst schade, dass im Rahmen einer Masterarbeit leider nicht alles möglich ist. Aus den Experteninterviews in den Niederlanden konnte herausgefunden werden, dass im Bereich Green Care eine Deckelung sehr bald erreicht ist. In den Niederlanden ist der Bereich Green Care bereits seit 20, 25 Jahren erfolgreich etabliert und trotzdem sind es nur zwei Prozent aller landwirtschaftlichen Betriebe, die Green Care generell, d.h. nicht nur Tagesbetreuung, anbieten. Ein ähnliches Bild kann man auch für Österreich malen. Für Österreich wird die Deckelung bei zwischen 0,5-2,0% aller land- und forstwirtschaftlichen Betriebe gesehen. Auch das ist nicht viel. Daher auch die Schlussfolgerung der Arbeit, dass dies ein gangbarer Weg ist für bestimmte landwirtschaftliche Betriebe, welche die Ausbildung besitzen und die v.a. auch das Interesse daran haben. Bis dato gibt es in Oberösterreich einen zertifizierten Green Care Betrieb.

Gstöttner: Dazu muss man aber sagen, dass Zertifizierung von Green Care Betrieben erst im Juli 2015 begonnen wurde. Auch in der Biolandwirtschaft gab es vor der Zertifizierung bereits viele Betriebe, die biologisch gewirtschaftet hatten. Alleine im Bereich „Schule am Bauernhof“, einem pädagogischen Bereich von Green Care, gibt es mehr als hundert Betriebe in Oberösterreich.

Jungmair: Wenn etwas Neues auf den Markt kommt, was die Leute nicht kennen, im Fall von Green Care die Kombination von Landwirtschaft und Gesundheit, wo es keine fertigen Konzepte gibt, dann dauert das natürlich eine gewisse Zeit. Aus den Experteninterviews aus den Niederlanden hat sich herausgestellt, dass dort dieser Entwicklungsschritt zu schnell passiert ist. Alle meinten, das wäre toll und marketingtechnisch sehr gut geeignet, aber am Ende des Tages zählt – wie vorhin bereits angemerkt wurde - das, was der Landwirt dafür bekommt. Wenn da bestimmte Vorarbeiten nicht geleistet werden, wie z.B. wissenschaftliche Begleitstudien, dann kann das nach hinten losgehen. Das ist leider in den Niederlanden passiert. Was positiv ist, dass es in den Niederlanden für die Finanzierung ein *Personal Budget* für Pflege- und Betreuungsleistungen gibt, welches auch für Leistungen auf landwirtschaftlichen Betrieben zur Verfügung steht. Weil es in den Niederlanden sehr schnell gegangen ist, war es dann jedoch der Fall, dass dieses Personal Budget Menschen erhalten haben, denen es weniger zusteht auf Kosten von anderen Menschen mit einem dringenderem Bedarf. Man sieht an diesem Beispiel sehr gut, dass diese Rahmenbedingungen vorher geklärt werden müssen. Ganz nach dem Motto: „Vorsorge ist besser als heilen!“

Grasberger: Im Bezirk Lilienfeld gibt es seit einem Jahr ein Green Care Projekt, das aber nicht auf einer traditionellen Bauernfamilie basiert, sondern da hat sich eine Gruppe von fünf Leuten gefunden, die ein altes, aufgelassenes Kloster mit einer Kleinlandwirtschaft von ca. 6-7 Hektar erwarb. Dieses Projekt funktioniert sehr gut. Wichtig ist das „und“, das zwischen „sozial“ und „Landwirtschaft“ stehen muss. Das ist unbedingt erforderlich. Denn wenn die Waagschale auf einer Seite schwerer ist, dann wird es sehr problematisch werden. Aus den Erfahrungen, die ich machen konnte, erscheint mir sehr wichtig, die ärztliche Versorgung bei einem solchen Projekt sicherzustellen. Einer aus der Gruppe von den Leuten, die dieses Wagnis eingegangen sind, ist Arzt und Rote-Kreuz-Dienststellenleiter. Damit haben sie diese Sicherheit, dass wenn jemand erkrankt oder ein Unfall passiert, sehr rasch eine medizinische Versorgung da ist. Das ist nämlich in so einem Bezirk wie Lilienfeld nicht selbstverständlich. Dort gibt es mancherorts Probleme, einen Gemeindevorstand nach zu besetzen. Aus diesen Erfahrungen zeigt sich also, dass bei so einem Projekt die Medizin ein ganz ein wesentlicher Faktor ist.

Rest: Mir ist nicht ganz klar, warum in Ihrem Konzept bzw. Empfehlungen diese Betreuung als landwirtschaftliche Nebentätigkeit geführt werden soll und warum dies zu einer Aufwertung der Frau im ländlichen Raum führen soll. Wir haben grundsätzlich das Problem, dass Sozialberufe sehr stark weiblich konnotiert sind. Ist es rechtlich überhaupt denkbar, dass ökonomische, soziale und gesundheitliche Leistungen in einer pauschalierten Nebentätigkeit gemacht werden können oder sollen und das auch

noch mit Fördermitteln aus der Ländlichen Entwicklung? Grundsätzlich ist jede neue Form von landwirtschaftlicher Nebentätigkeit und Nebenerwerbsmöglichkeit zu begrüßen, wobei es dabei natürlich eine besondere Kompetenz bedarf. Gleichzeitig stellt sich aber auch die Frage, ob das unter Umständen auch dazu führen wird, dass andere professionelle Unternehmungen in diesem Bereich durch eine besondere steuerliche Bevorzugung konkurrenzieren werden? Ist dies wirklich ein tragfähiges Konzept?

Jungmair: Aus den Experteninterviews geht hervor, dass Green Care für LandwirtInnen nur dann interessant ist, wenn dies im Rahmen einer landwirtschaftlichen Pauschalierung geschieht, weil sonst ist die Finanzierung für einen kleinstrukturierten Betrieb untragbar. Auch in den Niederlanden sind bei Green Care kleine Strukturen vorherrschend. Es gibt dort keinen landwirtschaftlichen Betrieb, der im Rahmen einer Tagesbetreuung 30 oder 40 Personen hätte. Die meisten haben vier bis sechs KlientInnen in einer Tagesstruktur. Aus der Literatur (*Hassink et al. 2006: 167*) wie auch aus den Experteninterviews geht hervor, dass es auch eher unüblich ist, dass sich Betriebe ausschließlich auf eine Zielgruppe beschränken. Auch dies hat mit den unterschiedlichen Finanzierungstöpfen zu tun. Nach *Gilliard et al. (2011: 73)* stellen die Angebote auf „Green Care“ Betrieben keine Konkurrenz, sondern vielmehr eine qualitativ hochwertige Angebotsergänzung zu den am Markt bestehenden sozialen Pflege- und Betreuungseinrichtungen dar. Dies wurde auch von den Expertinnen und Bäuerinnen aus Österreich und den Niederlanden betont.

Untersberger: Ich möchte anmerken, dass diese im Vortrag beschriebenen Tätigkeiten, d.h. die Betreuung von Menschen in der traditionellen Land- und Forstwirtschaft seit Jahrzehnten praktiziert und von der Gesellschaft auch gewünscht und den Bauern/Bäuerinnen aufgetragen wird. Ich erinnere daran, dass in den 1970er Jahren der Wald für die Erholung der Menschen geöffnet worden ist. Dies wird auch rege in Anspruch genommen, hauptsächlich von SeniorInnen. Für einen land- und forstwirtschaftlichen Betrieb bedeutet dies schon einen erheblichen Aufwand. Was in diesem Zusammenhang fehlt, ist das Honorar und die Wertschätzung in der Gesellschaft. Ich habe noch in keiner Publikation oder Studie gelesen, dass wir uns so bemühen müssen, weil das System, das wir entwickelt haben, derart mangelhaft wird. Wir haben diese Leistung für das Wohlbefinden der anderen bereits seit Jahrzehnten erbracht. Wurde dieser Aspekt in der Studie berücksichtigt? Ich kenne aus eigenen Erfahrungen den holländischen Lebensstil relativ gut. Dort ist eine völlig andere Situation als bei uns. In Holland leben viele Landwirte davon, dass sie Infrastruktur und Grundstücke der öffentlichen Hand zur Verfügung stellen und diese auch pflegen. Da wird alles vom Grundstückbesitzer erledigt, die Beschilderung, die Müllentsorgung und die Erhaltungsmaßnahmen. Dafür erhalten sie ein gutes Entgelt und die Leute, die das nutzen sind sehr dankbar für jeden Quadratmeter, auf dem sie sich frei bewegen können. Das ist für sie ein Riesengewinn. Sie schätzen das sehr und sie gehen sehr wohlwollend mit den Grundstückseigentümern um. So wie bei uns hier ist, dass jeder einfach macht, was er will und dass das fast immer im Konflikt endet, das gibt es dort nicht. Sondern man geht freundlich miteinander um und das ist ein Erfolgsprojekt. Ich würde mir wünschen, dass die Bemühungen in diesem Zusammenhang bei uns auch zu einem Erfolgsprojekt werden, mit der entsprechenden Wertschätzung und der nötigen Entschädigung, die seit Jahrzehnten überfällig ist.

Jungmair: In der Arbeit wurde beschrieben, dass die Landwirte in die Überlegungen zur Umsetzung sehr wohl aktiv miteinbezogen werden müssen, weil es im Endeffekt – wie sie sagen – die Landwirte sind, die diese oder ähnliche Konzepte realisieren.



Der zweite Beitrag der Arbeitssitzung wurde von *Kai Brauer*, Professor an der Fachhochschule Kärnten und Departmentleiter am neuen Altersforschungszentrum, unter dem Titel „*Wie Dörfer schrumpfen - eine Rekonstruktion von Demographisierung, Peripherisierung und Altersaktivierung im ländlichen Raum*“ präsentiert. *Brauer* ist Diplom-Soziologie und promovierte an der FU Berlin bei Martin Kohli und

Wolfgang Zapf. Er war danach am Wissenschaftszentrum Berlin, an den Universitäten Kassel, Vechta, Erlangen-Nürnberg und für die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften tätig. Seine Interessengebiete umfassen Community Studies, ländliche Entwicklung in alternden Gesellschaften, Sozialkapital, Lebenslauf- und Altersforschung. Er ist u.a. Autor von *Bowling Together: Clan, Clique, Community und die Strukturprinzipien des Sozialkapitals* und Mitherausgeber des Handbuchs *„Ländliche Gesellschaft“*.

Brauer: Der Titel *„Wie Dörfer schrumpfen“* könnte dazu führen zu denken, Dörfer könnten tatsächlich „schrumpfen“. Es geht jedoch eher um die *Dekonstruktion dieses „Schrumpfen“-Begriffs*. Naturwissenschaftliche und ökonomische Ideen haben in den letzten Jahren die Diskussion um den Altersstrukturwandel überformt, was unsere Sichtweisen und Legitimationsmuster de-sozialisiert hat. Ich schließe dabei an die These der *„Demographisierung des Sozialen“* von Eva Barlösius an, die dies schon vor einem Jahrzehnt treffend gezeigt hatte. Stephan Beetz und Christian Rademacher (um nur einige zu nennen) haben dies aufgegriffen und ausgebaut. Autoren wie Christoph Butterwegge, Gerd Bosbach und Thomas Byrant haben auf andere Weise die Simplifizierungen der Demographie scharf kritisiert. Zu einer merklichen Veränderung der Sichtweisen hat dies bislang noch nicht geführt. Die Dekonstruktion des „Schrumpfen“-Begriffs ist somit noch nicht abgeschlossen. Dabei geht es eben nicht um den Aufbau einer weiteren Sprachhürde politischer Korrektheit, sondern um notwendige Reflexion der Wirkung naturwissenschaftlich verbrämter Untergangsszenarien, die Denkmuster und Entscheidungsstrukturen beeinflussen. Ich möchte in meinem Referat somit zeigen, inwiefern (erstens) die dominanten Deutungsmuster des demographischen Wandels auf dem Lande problematisch sind und altersfeindlich wirken, und (zweitens) wie die spezifischen Bedingungen von lokalem Engagement von und für Ältere gestaltet sind, was also gegen „Schrumpfen“ getan werden könnte. Dazu möchte ich vier Fragen beantworten:

- I. Was ist das Bedrohliche am demografischen Wandel für Landgemeinden? Welche spezifischen Deutungsmuster führen zum Begriff des „Schrumpfens“ und was hat das mit „Überalterung“ zu tun?
- II. Welche Folgen hat der „Schrumpfungsdiskurs“ für ländliche Entwicklung?
- III. Welche Aktivitäten von und für Ältere am Land könnten nachhaltig gegen das wirken, was mit dem „Schrumpfen“ gemeint sein könnte?
- IV. Was bedeutet dies schließlich für die ländliche Soziologie? Welche genuin soziologischen Fragestellungen könnten die oben rekonstruierten Probleme neu justieren?

I. Diskursanalytischer Kontext: „Alles redet über das Aussterben“

Diverse Experten/innen suchen nach Innovationen für die ländliche Entwicklung. Auch in Österreich wird das Dorf zur Entwicklungsaufgabe. Das ist gut gemeint. Gefragt wird hier zuerst, mit welchen Denkfiguren dabei gearbeitet wird. Ich werde dies mittels einfacher Fallbeispiele zeigen. So findet sich z.B. in einem typischen Tagungsbericht eines jener vielen Expertensymposien aus dem Jahr 2014 (dessen Quelle hier marginal ist, da Sie überall ähnliche Beispiele finden würden) z.B. folgende Feststellung: *„Alles redet über das Aussterben der Ortskerne. Durch die rapide Überalterung im ländlichen Raum und die jahrzehntelange monofunktionale Siedlungserweiterung an den Ortsrändern, kommt es schnell zum ‚Donut-Effekt‘.“*

Interessant ist, dass dieser *„Donut-Effekt“*, d.h. die Ansiedlung von Betrieben, Supermärkten und Einzelhandelsgeschäften am Rande ruraler Kleinstädte, was zu einer Ausdünnung der gewachsenen Zentren führte, plötzlich mit *„Überalterung“* verbunden wird. Es ist relativ schwer denkbar, warum

gerade die „Überalterung“ zu dem hier konkret beklagten Niedergang der Kerne der Gemeinden führen soll. Kann eine „Überalterung“ – auch wenn sie nicht normal, sondern *rapide* ist, einen *Donut-Effekt* herbeiführen? War es nicht eher die Kapitulation der Regionalplanung vor „massiven Markterfordernissen“, die zu dieser Ansiedlungspolitik führten? Es wäre jedenfalls schwer belegbar, dass ein (*rapide*) steigender Anteil älterer Menschen im Stadtkern die Geschäfte in die Peripherie getrieben hätte. Eher ist es umgekehrt: die Älteren leiden unter dem „*Donut-Effekt*“ am Meisten. Immer waren Genehmigungen von Investitionen am Siedlungsrand von Planungs- und Entwicklungsbüros begleitet. Hätte man die Bedürfnisse der steigenden Anzahl Älterer zur Prämisse der Entwicklung gemacht, wären die Kerne ländlicher Städte mit Sicherheit heute für alle Generationen wahrscheinlich attraktiver, ggf. auch die Abwanderung Jüngerer geringer. Was sich evtl. hätte entwickeln können, ist aber „Schnee von gestern“ und steht daher hier nicht zur Debatte. Es wird mit diesem ersten Beispiel schon augenfällig, wie Bevölkerungsentwicklungen (und „die Alten“) zum Grund allen Übels stilisiert werden, auch wenn die Verknüpfung von Ursache und Wirkung dabei schlicht auf den Kopf steht.

Handelt es sich um ein vernachlässigbares Einzelbeispiel? Erinnern Sie sich daran, ob irgendwo eine negative Landentwicklung in Ihrem Arbeitsumfeld diskutiert wurde, die nicht mit dem Ansteigen des Anteils der älteren Bevölkerung verbunden wurde? Mir fällt spontan Keines ein. Ich behaupte sogar, dass gerade in der Landentwicklung soziale, ökonomische und politische Probleme dermaßen stark „demographisiert“ wurden, dass keine Entwicklungsprojekte mehr angegangen werden können, wenn nicht auf den demographischen Wandel verwiesen wird. „Schrumpfen“ hat hierfür als Slogan alle Sachthemen verdrängt. Weder ökologische („vergiftetes Land“, „erstickende Städte“) noch soziale („residentiale Segregation“), agrarstrukturelle („Bodenwerte“), geographische („Gunstregionen“), ökonomische („industrieller Niedergang“) oder politische („Landnahme“, „Kolonialisierung“) können mit den Demographismen in den Diskursen mithalten.

Wir können uns nun überlegen, was ausgelöst wird, wenn dominante Deutungen von sozialem Wandel und Migration auf das „Schrumpfen“ reduziert werden. Dabei wird nicht nur Kindermangel, sondern vor allem das Altern der ländlichen Bevölkerung permanent als unausweichliche und klar negative Entwicklung gedeutet. Mit dem Unwort „*Schrumpfen*“ steht eine griffige Metapher bereit. „Lokal differenzierte Segregation durch soziale und ökonomische Bedingungen, die zu negativen Wanderungssalden bei gleichzeitigem Ansteigen des Medianalters führen“ wäre korrekt, aber kaum praktisch. „Schrumpfen“ ist jener praktische Begriff, der dies vermeintlich treffend zusammenfassen kann. Aber *Schrumpfen* konnotiert leider keine sozialen Verhältnisse. Es ist ein naturalistischer, dazu negativ besetzter Begriff. Auf seine Wurzeln im sozialpolitischen Diskurs werde ich später noch genauer eingehen. Hier sei schon auf seine Ambiguitäten verwiesen. Schrumpfen ist über einfache „Verkleinerung“ hinaus meist eine skatstrophenartige Situation mit traumatischen Hintergründen. Ich verzichte hier die naheliegende psychoanalytische Deutung des Schrumpfens (als „Erschlaffen“ männlicher Potenz) darzulegen. Auch einen Exkurs auf das Gruselpotential von Schrumpfköpfen, -wuchs, -gliedmaßen und -hirnen wäre spannungsreich, führt hier aber zu weit.

Offensichtlich fällt es aber schwer „*Schrumpfen*“ rein quantitativ als Verminderung einer Ziffer zu denken und damit eine nüchterne, neutrale Bedeutung zu meinen. Die meisten sprachlichen Alternativen sind auch negativ besetzt: Rückgang, Sinken, Fallen, Abnehmen. Aber keine von Ihnen ist so drastisch und gruslig wie „das Schrumpfen“! Auch inhaltlich führt es in die Irre, denn bei der Rede vom „*Schrumpfen und Altern der Bevölkerung*“ wird ja nicht auf den Fakt abgehoben, dass ältere Menschen im Laufe der Zeit etwas kleiner (Körpergröße) werden. Auch ist nicht der Albtraum gemeint, dass sich Dörfer materiell (also die Häuser, Straßen samt Einwohnern/innen) tatsächlich plötzlich verkleinern würden, wie dies in nicht weniger als 20, mehr oder weniger albernen, Hollywoodversionen des Gullivers-Reise Sujets verfilmt wurde. Im Gegenteil, die Bauten werden in der Regel größer, es wird weiterhin deutlich mehr Boden versiegelt, als bebauter renaturiert. Nirgendwo ist wirklich ein Tier oder Mensch auf diese Weise

geschrumpft! Ohne tiefere Exegese zum „Schrumpfen“ muss hier schon konstatiert werden, dass dieser Begriff unter allen Alternativen die eigenartigste Wahl darstellt und weder wertfrei noch wissenschaftlich tragfähig sein dürfte. Wie konnte sich aber ein solcher Begriff wie selbstverständlich in den Diskurs einschleichen und zum Leitbegriff werden? Und: ist das schlimm?

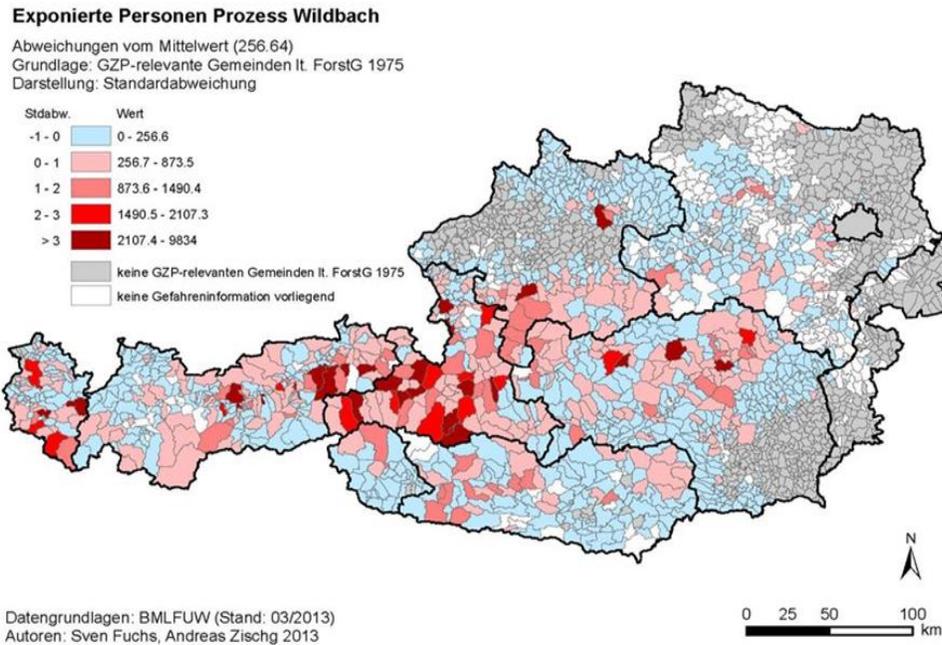
„Schrumpfen“ soll als Slogan das Resultat einer „demographischen Katastrophe“ kennzeichnen. Unschön dabei ist, dass dabei prinzipiell Alte als wertlos und handlungsunfähig, Junge als einzige Handlungsträger definiert werden: *„Deutschlandweit kämpfen Dörfer ums Überleben. Denn die jungen Menschen ziehen weg. Es bleiben die Alten, die dem Verfall ihrer Dörfer zusehen müssen. Die Städte boomen, die Dörfer leeren sich“* (dt. Illustrierte STERN am 1.8.2015). Diese Argumentationsfigur fand sich bis zur „Flüchtlingskatastrophe“ fast jede Woche irgendwo in den Leitmedien. Allerdings stimmt schon die einfache Rechnung: Stadt=Wachstum vs. Land=Rückgang der Bevölkerung nicht ganz. Es gibt durchaus Dörfer in Österreich und Westdeutschland mit einer relativ hohen Geburtenzahl, die für eine stabile bzw. wachsende Bevölkerung sorgt. Gleichzeitig verlieren recht große Mittelstädte in Ostdeutschland weiterhin Einwohner/innen. Vor allem Einwohnerinnen. Also, die meist verbreitete einfache Rechnung geht nicht auf. Eher ist es so, dass ganze Regionen (unabhängig davon ob urban oder rural) ökonomisch abgekoppelt sind und sozial prekariert werden. In der *Wittenberge-Studie* von Heinz Bude und Andreas Willisch von 2012 ist dies umfassend beschrieben. Wittenberge ist kein Dorf, sondern war bis vor nicht langer Zeit ein industrielles Zentrum mit einer Kernstellung im internationalen Warenaustausch. Und es war auch dort nicht die „schrumpfende“ Bevölkerung, die Industrie samt Infrastruktur vertrieb.

Warum wird Seitens bestimmter privater „Think Tanks“, immer und immer wieder betont, dass *„es in den schrumpfenden und alternden Regionen schwieriger wird, eine gute Infrastruktur zu gewährleisten.“* (Brigitte Mohn, in der Bertelsmann Studie zum „Schrumpfen“ am 6.7.2015). Wo ist die Überraschung dieser Aussage? Hier erscheint es so, als handele es sich bei höherer Lebenserwartung, geringerer Kinderzahl und Abwanderung um eine unheilbare Krankheit, deren Ausprägung in Rankings verpackt werden kann und sich daraus etwas zwangsläufig ableite. Es leitet sich aber daraus zunächst nichts so einfach ab, wie dies 2013 auch Christian Rademacher in seiner Dissertation (*Deutsche Kommunen im Demographischen Wandel: Eine Evaluation lokaler bevölkerungspolitischer Maßnahmen*) eindrücklich und differenziert zeigen konnte.

In Österreich hat das „Schrumpfen“ kaum die Ausmaße, wie in Ostdeutschland oder vielen anderen Regionen Europas, wo tatsächlich ganze Gegenden entvölkert werden. Armenien hat in den letzten 20 Jahren ein Drittel seiner Bevölkerung verloren. Dort wäre es angemessen Folgen dieses Aderlasses zu untersuchen. Österreich hatte in den letzten Jahren aber auch im Vergleich zu Deutschland eine positivere Bevölkerungsprognose. Dies lag ab seiner etwas liberaleren Einwanderungspolitik bei nahezu gleicher Fertilität. Aber evtl. waren auch nur die Demographien besser? „Überalterung“ wird trotzdem leider auch hier als die zentrale Bedrohung gesehen. Dabei ist schnell erkannt worden, dass sich die Alterung regional unterschiedlich stark zeigt. Daher werden die „betroffenen Gebiete“ auch als solche gekennzeichnet. Macht es aber Sinn demographische Vorhersagen kartographisch auszuweisen? Sie können sich sicher vorstellen was bei der Investitionstätigkeit von Unternehmen und bei Lebenslaufentscheidungen aufstrebender junger Menschen ausgelöst wird, wenn „Schrumpfungsregionen“ abgestuft nach Farben auf Österreichskarten, präzise voneinander abgegrenzt, vorgelegt werden. Helfen diese Karten also (wem, wobei) oder schaden sie eher den damit augenfällig stigmatisierten Regionen?

Da weder qualitative Potentiale einzelner Communities, noch deren Lebensqualität in der Zukunft jemals vorhersagesicher kartographiert werden können, verzichte ich konsequent auf die Verbreitung solcher Aggregatdatenikonographie. Bevölkerungsprognosen sind eben keine geographischen Fakten, wie z.B. dies in der hier gezeigten Karte für Gefährdungsregionen durchaus sinnvoll ist.

Grafik 1: Gefährdung durch Wildbäche



Auf dieser Karte wird die geographisch bedingte Bedrohung nach Gemeinden (GZP-relevante) durch Wildbäche, die über ihre Ufer treten können, ausgewiesen. So etwas gibt es auch für Lawinengefahren und alle via Internet abrufbar, die sich dafür interessieren. Es ist auch nachvollziehbar Einkommen, Grundstückspreise und Armutsquoten etc. solcherart (retrospektiv) darzustellen. Für wen ist es aber praktisch, auch demographische Prognosen so zu kartographieren? Aus der Perspektive einer top down Steuerung ist dies sicher verlockend. Regionalplanung auch mittels solcher Darstellungen – in generalstabmäßiger Manier – aus Wien und Brüssel abzustimmen scheint tatsächlich praktisch zu sein. Lokale Potentiale, biographische Planungshorizonte und Bedingungen sozialer Zukunft in den Kommunen – also die Ursachen von Migration - rücken gegenüber den schönen bunten Karten in den Hintergrund.

Nun könnte gehofft werden, dass evtl. durch solche Karten und die beschworene Angst vor dem „Schrumpfen“ bei lokalen Akteuren eine Reaktion ausgelöst wird. Im Sinne der Wettbewerbslogik, evtl. bei dem nächsten Ranking besser abzuschneiden und nicht nur auf Nothilfe zu warten. Oder sich eben um Nothilfe aus den Fördertöpfen der EU selber zu kümmern. Kann diese Annahme bestätigt werden? Ist solch ein Effekt denkbar? Untersucht wurde dies bisher leider kaum. Wie wirken solche Nachrichten, bzw. allgemeiner: der semantische Kontext der Demographisierung, strukturell auf lokale Akteure? Versetzen Sie sich in die Lage eines Entscheidungsträgers, der in einer in „roten“ markierten Region lebt. Sie sind markiert als „Geburtenschwach“, „negativer Migrationssaldo“, „Überaltert“. Was nun? Zieht es Sie dorthin, oder denken Sie an Abwanderung?

II. Praktische Folgen für die ländliche Entwicklung

a) Fallbeispiel eins: „Das Interview“

In den Mittelpunkt der Darstellung möchte ich wieder ein (mehr oder weniger willkürliches) Fallbeispiel stellen. Es handelt sich um ein Zeitungsinterview einer Regionalzeitung im Jahr 2010. Ein Bezirkshauptmann („Meidler“) eines ländlichen Bezirks mit über 40.000 Einwohnern wird nach einem Jahr Amtszeit befragt, mit welchen Problemen sein Bezirk kämpfe. Ihm wird von der Zeitung folgende Frage gestellt (Namen kodiert):

Zeitung: Herr Meidler, Sie sind nun seit über einem Jahr Bezirkshauptmann in V. - mit welchen Problemen kämpft Ihr Bezirk?

Überlegen Sie zunächst selber, welche Probleme ländliche Bezirke in der Regel haben, bzw. was von Zuständigen als Problem diskutiert wurde 2010.¹ Er könnte – je nach politischer Couleur z.B. sagen, sein Bezirk kämpfe gerade mit Gemeindezusammenlegungen, dem Ausbleiben oder dem Zuviel an Touristen/innen, Schneemangel/menge, Gletscherabschmelzen, Globalisierung, Ärztemangel, Internetversorgungslücken, Arbeitslosigkeit, mit Abwanderung von Jungen oder Fachkräften wegen De-industrialisierung, der Erosion der Böden oder der Bauernschaft, einem gewissen Kultur- und Traditionsverlust, überbordender EU-Bürokratie oder Umweltvergiftung (wie aktuell im Görtschitztal). Welches Problem wird zuerst erwähnt, was wird als Hauptimpuls aller lokaler Politik auf dem Lande 2010 an den Anfang gestellt?

Meidler: Mit der Überalterung!

Die „Überalterung“ wird quasi wie aus der Pistole geschossen zuerst allem Weiteren vorangestellt. Erzähllogisch bzw. Strukturtheoretisch ist dies alles andere als trivial. Ich habe diesen Fall heute ausgewählt, weil hier die praktische Folge der Demographisierung von Entwicklungsdiskursen ins Auge fällt. Wenn dieser erste Eindruck trägt, müsste er sich in der Darstellungsgestalt widerlegen lassen. Dazu schauen wir uns den weiten Ablauf des Interviews genauer an.

Wir können dazu einerseits überlegen, welche Wortbedeutung mit einem Komposita aus „Über“ und „Alterung“ verbunden ist, was Sprachwissenschaftler als Ageismus (Kramer) kennzeichnen würden. Andererseits ist nun von Interesse, was mit „Überalterung“ im Relevanzhorizont (A. Schütz) des Sprechers überschrieben ist. Typischerweise könnten dies z.B. erhöhte Sozialkosten, Versorgungs- oder Mobilitätsprobleme Älterer sein. Auch die Probleme der nachfolgenden Generationen können damit thematisiert werden. Die mit der Demographisierung geschürte Altersangst, die mit dem „zu Viel“ an Alten durch „Überalterung“ zur Sprache kommt, kann darauf verweisen Angst zu haben, selber alt zu werden. Es kann auch mit einer verdrängten oder offen beklagten Abscheu einhergehen, zu viele Alte auf der Straße zu sehen, wo Mann doch lieber Junge (Frauen) sehen möchte. Dies kann ein Bezirkshauptmann allerdings sicher nicht in einem Zeitungsinterview ausführen. Wenn er sich von zwangsläufigen Demographismen doch noch abgrenzen wollte, könnte er einen erhöhten Spielraum von Entscheidungen thematisieren, auf Gründe aller nun folgenden Symptome (neben der Alterung) hinweisen oder den Wert des Alters ausbauen. Wie kann legitimer Weise „Überalterung“ erklärt werden? Das muss er nach dieser Einlassung ja tun. Was verbindet Meidler im Konkreten damit, wie wird von ihm „detailliert“, wie dies Fritz Schütze fragen würde? Er fährt fort:

Unsere Schulen stehen, obwohl sie über gute Bildungsstandards verfügen, in immenser Konkurrenz zu K.

Das Schulen (obwohl sie über gute Bildungsstandards verfügen) in einer Konkurrenz zu urbanen Angeboten stehen, ist eine Argumentation und ein spezifisches Thema der Bildungsplanung. Eine somit eher überraschende Verknüpfung, die weiter ausgeführt werden muss. Gesagt werden könnte auch: „wir haben ein Problem unsere Schulen zu erhalten“. Dies mit Überalterung zu verknüpfen ist nur logisch, wenn die sinkende Kinderzahl als Nachteil mitgedacht wird. Es wäre auch eine nachvollziehbare Überlegung, dass mehr Ältere weniger Kinder unter dem Strich ja auch besser ausbilden könnten und somit das (alternde) Land hier einen Vorteil hätte. Eine solche Argumentation lässt sich hier aber kaum noch denken. Wenn, dann müsste jetzt die latente Altersangst diskursiv überwunden und positiv gewendet werden. Es kann mit der Einlassung zu *Über*-Alterung jedoch nicht mehr neutral ausgeführt

¹ Die Methode sich hier stückweise mittels der Explikation möglicher Anschlussthesen dem objektiven Sinngehalt von Protokollen anzunähern, ist dem Vorgehen der sequenziellen Analytik entlehnt, die maßgeblich von *Ulrich Oevermann* entwickelt wurde, und – mehr oder weniger stark abgewandelt – alle Vertreter elaborierter Interpretationsverfahren, wie: *Ralf Bohnsack, Wolfram Fischer, Klaus Kraimer, Gabriele Rosenthal, Fritz Schütze, Bettina Völter, Andreas Wernet* etc. etc., folgten.

werden. Ein abwägender oder gar positiver Anschluss, der sich für alternativen in kleinen Landschulen mit Individualbildung ausspräche wird schwer denkbar, verbietet sich schließlich von selbst. Da in der Frage der Zeitung Probleme und keine Chancen angefragt wurden, wäre eine solche Wendung hier sehr mühevoll und konträr zu den bisherigen Einlassungen. Mit diesem Einstieg könnte nur noch eine überraschende, fast paradoxe Umkehrung eine Relativierung der Altersangst zulassen.

Politisch zu verantwortende Probleme, wie die sich hier andeutende Frage der Platzierung und Ausstattung der grundständigen Bildungsinstitute, sind so eingeführt nicht mehr Unabhängig von Zwängen des Bevölkerungswandels. Die Güte der Schulen als Wirkung, nicht eine der Ursachen von Nachteilen im beschworenen „*enormen Konkurrenzkampf*“ mit den Städten zu definieren stellt Ursache und Wirkung auf den Kopf. Solche Umkehrungen sind zum immer wiederkehrenden Bestandteil sich selbst bestätigender Prognosen lokaler Politik geworden. Sie erinnern an die „Sinnverkehrungsthese“ aus Albert O. Hirschmanns Ausführungen zur „*Rhetoric of Reaction*“ von 1991. Wenn die Demographie nicht mehr als Ausdruck sozialer Verhältnisse erkannt wird, und soziale Verhältnisse sich der Demographie (bzw. derer Deutung) unterordnen sollen, wird jeder politische Akteur zu einer Marionette naturwissenschaftlicher Zwänge. Wir kennen diese gefährliche rhetorische Eskamotation aus den Diskussionen um Spardiktate des Neoliberalismus. Dort sind es ja bekanntlich auch die Höhe der Sozialleistungen, die für steigende Armut sorgen. Solche Umkehrungen stellen nicht nur die Zusammenhänge auf den Kopf, sie behindern auch die Möglichkeiten eigenständiger Entwicklung.

Eigene rurale oder regionale Potentiale auch nur in Erwägung ziehen oder irgendein Argument gegen Zentralisierung aufzubringen erscheint an diesem Punkt vollkommen vergeblich. In bevölkerungsplanerischem Maßstab werden zentral gesteuerte Lösungen gefordert, Verdichtung und Optimierung im urbanen Sinne zum alleinigen Paradigma. Wie sollte nun noch spezifische Ruralität, Engagement und Autonomie fördernden Landentwicklung (ohne sich dem Vorwurf weltverbesserischen Idealismus auszusetzen) gefordert werden dürfen? Was sind in der Praxis nun Lösungen gegen diese „Überalterung“ – bzw. zur bildungspolitischen Konkurrenz urbaner Zentren?

Deshalb brauchen wir Schulkompetenzzentren, wo vom Kleinkind bis zum 14-Jährigen alle in einem modernen Gebäude untergebracht sind - mit Nachmittagsbetreuung, Verköstigung und Abholdienst.

Dies gibt dem Ganzen eine klare Richtung der Modernisierung. Wahrscheinlich ging es beim Interview von vornherein um Propaganda für das neue moderne Schulzentrumsgebäude, das evtl. selber umstritten war. Wer kann sich dem aber noch verweigern, wenn doch die Zuständigen nun etwas gegen „Überalterung“ tun wollen? „Überalterung“ als Argument wirkt super-legitimatorisch. Aber bei wem wird hier um Legitimation geworben? Droht Widerstand aus den kleinen Schulen selber? Ein Schulzentrum würde natürlich ruralen Kleinschulen zwangsläufig deren Existenz entziehen. Es ist nun die Rolle des kritischen Journalismus dies einzubringen, Meidler selber kann das hier nicht mehr tun. Die Zeitung wendet also ein:

Z: Gegen die Schließung kleiner Schulen werden sich aber viele Bürger wehren, weil Arbeitsplätze verloren gehen, weil die Schule wichtiger Bestandteil des Dorflebens ist.

Wenn wir davon ausgehen, dass es sich hier um ein Konflikt handelt, und die Zeitung diesen offen ausdiskutieren will, dann müsste der Gefragte recht scharf argumentativ widerlegen oder einfühlsam - das Argument wertschätzend – um Vernunft und Einsicht werben. Zuweilen wird auf solche Fragen der politische Gegner explizit angesprochen; In der Art „die Konservativen versuchten immer ... aber wir ...“ oder „entgegen der Sozialdemokratie setzen wir auf...“. Dies würde aber voraussetzen, dass es einen solchen Diskurs pro/conta Schulzentren mit bekannten Protagonisten gibt. Wenn erzählstrukturell nun keine derartigen Hinweise gesetzt werden, würde dies indiskutable Durchsetzungswege offen legen. Keine Argumente, sondern nun ultimative Fakten einzuführen, wäre strukturell an Dogmen oder Dispositive gebunden, die geteilt werden müssen. Er müsste Argumente und Möglichkeiten aufzählen

und abwägen, wenn es sich um einen diskursiven Kontext handelt. Das Fehlen oder Ausblenden von Alternativen: „Wir machen das so“ – entweder schon immer (konservativ) oder jetzt neuerdings (progressiv) würde in beiden Fällen auf dogmatische Machtstrukturen verweisen. Was ist nun noch diskutabel, wie antwortet Meidler?

Meidler: Dass Kleinschulen aufgelöst werden, passiert sowieso. Die Lehrerdienstposten werden zurückgefahren und wir müssen auf den Schülermangel reagieren. Viele Schulen sind schwer renovierungsbedürftig - top gepflegt, aber schwer zu erhalten.

Die Aussage lässt sich nur so verstehen: „Das Urteil über die Kleinschulen in den Dörfern ist längst gefallen“. Eine Diskussion hierüber ist praktisch überflüssig, denn jeder „weiß“ um die Lage. Die brachiale und sehr weitreichende Zukunftsentscheidung wird wie oben überlegt nicht in Abwägung lokaler, pädagogischer und regionalspezifischer Bedingungen *begründet*, sondern wegen des demographischen Urteiles *gefüllt*. Der Duktus entspricht dem eines Generalaufmarschplans, bzw. Rückzugsbefehls. Die pädagogischen Truppenteile sollen in einer neuen Verteidigungslinie konzentriert werden: im *modernen Schulzentrum!* Denn die Landschulen sind nicht nur einfach, sondern „*schwer*“ renovierungsbedürftig, *schwer* zu *erhalten*. Es scheinen neben die Dogmatik hier noch Partikel diskursiver Abwägung zu Tage zu treten, aber durchaus paradox. Wie können marode Schulen „*top gepflegt*“ sein? Der Entscheidungshorizont ist nicht wirklich offen, und alleine auf die angenommenen Kosten (daher doppelt: *schwer*) der Infrastruktur gerichtet. Ob dies eine glückliche und fachgerechte Entscheidungsbasis für den Bezirk ist, kann und soll hier gar nicht hinterfragt werden, da hierzu die Daten fehlen. Festzuhalten ist bei der Analyse, dass solche schmerzhaften und ultimativen Aktionen durchaus starke Legitimationen brauchen. Sonst müsste das hier nicht solcherart in einem Leitmedium präsentiert werden. Daher konnte „Überalterung“ zum Hauptproblem des Bezirks aufsteigen. Sie bietet das Potential unangenehme Diskussion auszuschließen, was ja auch recht gut gelang.

Schulzentren zu bilden, die das Sterben der Kleinschulen auf dem Lande beschleunigen, könnte mit vielen Argumenten diskutiert werden. Sie werden hier unter naturwissenschaftliche und ökonomische Logik subsumiert. Wird damit lokales Engagement gestärkt? Welche lokale Initiative wird angeregt Menschen in meinem Dorf zum Siedeln zu bewegen, wenn die Zukunft nicht im Kleinen, sondern mit mathematischer Präzision und Deutungsmacht in großen, zentralen Strukturen liegt? Will jemand dort eine Familie gründen, wo Schülermangel herrscht und Abbau faktisch präjudiziert ist? Dies betrifft ja nicht nur die Schulen, die man zentralisieren kann, sondern jegliche Infrastruktur. Meidler legt nach und gibt zu bedenken:

Dass es weniger Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst geben wird, ist natürlich ein Thema. Und man muss den Bürger fragen. Es ist sein Steuergeld - das ist häufig die Aufgabe des Bürgermeisters.

Wie wird hier Argumentiert? Weniger *Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst* sind also ebenso ausgemacht wie das Schließen der Kleinschulen. Das dies nicht angezweifelt wird, soll hier nicht nochmals expliziert werden. Festzuhalten ist, das neben den naturwissenschaftlichen Zwängen hier der politische Diskurs strukturell verankert bleibt. Es gibt offenbar Gegenwehr. Im eröffneten Rückzugsgefecht wird nun zusätzlich „*der Bürger*“ gegen seinen *Bürgermeister* in Stellung gebracht. Gesagt wird ja (paraphrasiert): „*Bürger/innen: fordert von Euren Bürgermeister/innen die Stellen in den Gemeindeverwaltungen und den kleinen Schulen abzubauen, damit ihr weniger Abgaben zahlen müsst, denn das ist ja Euer Geld!*“. Dies ist eine recht gefährliche Argumentationsfigur. Auch seine Bezirksverwaltung hat ja eine Verwaltung, die bezahlt werden will. Sicher ist dies kein kluges Mittel gegen Politikverdrossenheit oder höhere Effizienz. Sie verschärft die Entsolidarisierung in den Gemeinden.

„*Bürger*“ zu fragen, ob denn von „ihrem *Steuergeld*“ Gemeindebediensteten bezahlt werden dürfen, wirkt nicht nur im Semantischen Ablauf des Interviews chaotisierend. Frei nach dem (eigentlich maoistischen) Motto: „*Mit Chaos auf Erden erreicht man große Ordnung im Land*“ werden „*den Bürgern*“ auch für die Praxis

konkrete Argumente gegen lokale Funktionäre (Bürgermeister) gegeben, allgemein gegen sozialstaatliche Umverteilung und schmerzhaft erlebte Ordnungsprinzipien aufzustehen. Dies ist mit dem neoliberalen Zeitgeist nicht selten und schon gewöhnlich geworden. Strukturlogisch erinnert dies an das Prinzip des maoistischen Machterhalts während der Kulturrevolution: Nicht die maoistischen Planvorgaben waren falsch, sondern die lokalen Kader hätten sich bereichert und sollten nun dafür bestraft werden. Die angedrohte Bestrafung hier: Stimmen bei Wahlen an radikale Parteien verlieren. Im maoistischen China: von der radikalisierten Jugend direkt bestraft, beleidigt, verbannt, gequält oder schlicht aufgeknüpft zu werden. Die sogenannten „Steuerzahler“ gegen ihre lokale Verwaltung (und schließlich ja auch die Schulen) aufzuhetzen kommt somit gefährlichem Zündeln nahe, auch wenn sich Meidler auf der manifesten Ebene wohl klar gegen Chaos positionieren würde. Auf der Ebene der Sprache wird eine latente Chaotisierung nicht auszuschließen sein, die aus der Vermischung sozialer und naturwissenschaftlicher Annahmen zu einer Ideologie herrührt. Worin liegen nun aber im ländlichen Bezirk V., bei allem Abbau und Altern, konkrete Hoffnungen? Danach fragt nun die Zeitung:

Z: Worauf darf man als Bürger in V. hoffen?

Meidler: Zum Beispiel auf die X-bahn. Wir werden versuchen, ein Verladezentrum in P.-dorf zu bekommen, denn wer an Transversalen lebt, hat Zukunft!

Hier fällt eine weitere Homologie der neoliberalen Spielart des Demographismus mit maoistischen Denkfiguren auf: die Hoffnung auf immer weitere Erhöhung der Produktionsziffern (dort „4-Jahr-Plan“, hier „Wachstum, Börsenkurs“) und die Faszination an der Eisenbahn/den Verkehrswegen. Nachvollziehbar ist sofort, dass an den Knotenpunkten des beschleunigten Verkehrs ein Teilhaben am globalisierten Warenhandel verdient werden soll. Daher bleibt aus dieser Sicht Verkehr ein passendes ökonomisches Wachstumsmittel gegen Landflucht. Nun könnte man aber fragen: Wegen oder trotz der „Überalterung“? Das Verladezentrum als Arbeitsstätte könnte im Bezirk Familien binden. Ist daran gedacht? Wohl auch. Die Detaillierungsrichtung führt Meidler jedoch weg von diesem Pfad, er richtet sich jetzt auf die öffentliche Verkehrsanbindung aus.

Der Bezirk ist verkehrsmäßig gut erschlossen. Das Angebot an die Bevölkerung muss lauten: „Leute bleibt hier, auch wenn ihr woanders arbeitet.“ Wir sind ein Bezirk, wo gearbeitet wird und ein Bezirk, wo es sich zu leben lohnt.

Damit wird deutlich, dass sein Bezirk „Überalterung“ als Sammlung von Pendlergemeinden am Rande eines Zentrums erlebt. Damit würde die „Attraktivität“ der Dörfer und Kleinstädte gegenüber dem urbanen Zentrum im Fokus der Probleme stehen. Bodenpreise, Wohnlagengüte, Umweltfaktoren, Erreichbarkeit und Angebotsvielfalt von Pflegeunterstützung und Kinderbetreuung in der Fläche wären Knackpunkte hierbei. Da aber „Überalterung“ zentrale Doxa der Handlungsentscheidungen und Werturteile geworden ist, werden diese Aspekte zum Hintergrundrauschen. Die defensive Haltung der politischen Verwaltung gegenüber ökonomischen Zwängen als Leitlinie bleibt prägend. Er sagt eigentlich: „Wir suchen neben den Großprojekten nicht mehr nach Chancen einer lokalen Ökonomie, kapitulieren vor der ökonomischen Zentralisierung, kürzen alles auf das Mindeste zusammen, sind reiner Wohnort, zum Arbeiten und zur Schule (Kultur und Soziales ist keine Thema) gehen wir eh ins Zentrum“. Hier wird ein Denken in Notprogrammen präsentiert, dessen Ziel nicht im Aufbau einer eigenständigen, lebenswerten Zukunft liegt, sondern im Ende aller „überflüssigen“ sozialen Dienste. Betrifft dies nicht aber auch die eigene Verwaltung?

Z: Welche Probleme gibt es innerhalb der Bezirkshauptmannschaft?

Meidler: Wir müssen von 85 Mitarbeitern bis 2014 zehn Prozent einsparen. (...) Auch das E-Government wird noch nicht gut von den Bürgern angenommen, was auch daran liegt, dass die Bürgerkarte etwas kostet. Und wir hoffen auf einen barrierefreien Zubau mit einer Serviceinsel für die Bürger.

Ob 85 Mitarbeiter/innen zu immer noch zu viel sind, was diese tun und was davon sinnvoll ist steht hier nicht zur Debatte. Es ist wieder wie oben eine Kürzung als äußeres Diktat, dass wie ein Gottesurteil auf die BZH herniederfährt. Wo stark ausgebaut werden müsste um Lebensqualität zu erhalten, welche Rolle Engagierte Ältere dabei spielen könnten, all das bleibt daher nicht zufällig ungesagt, sondern ist in der Verwaltung so marginal wie nur Irgendwas. Auch hier wäre ja „der Bürger“ gefragt, wie auf der Gemeindeebene. Aber hier kommen diese Akteure ganz anders ins Spiel, nämlich welche die Automatisierung der Verwaltung nicht annehmen würden. Als Populist wirft er Ihnen aber nicht Technikverdrossenheit vor, sondern bringt wieder Kosten ins Spiel (die für die *Bürgerkarte*).

Ganz zum Schluss kommt noch einmal „der Bürger“ ins Spiel, bzw. eine bestimmte Gruppe. Die Erwähnung der Barrierefreiheit ist an dieser Stelle bemerkenswert. Das eine Zugangsmöglichkeit geschaffen werden muss ist kein eigener Einfall sein Orte attraktiver zu machen sondern bundesstaatliche Auflage. Sie muss umgesetzt werden. Interessant ist, dass *Meidler* auf deren Aufbau „hofft“ – wo er doch bisher alle anderen Punkte des Abbaus ultimativ einführt. Noch distanzierter und vorsichtiger kann das nicht aufgeführt werden.

Es verweist auf einen Blick auf Bürgernähe auch gegenüber benachteiligten Personen, deren Anteil unter Älteren ja erhöht ist, der mit „distanziert“ beschrieben werden muss. Zum Thema „Überalterung“ ist das einigermaßen wenig. Ansonsten spielten Bedürfnisse und Leistungen Älterer im Ablauf der Darstellung ja keine Rolle. Die *Serviceinsel*, deren Barrierefreiheit Kosten verursachen wird, stellt den einzigen Bezug zur Stellung Älterer im Bezirk dar – bzw. zu denen unter ihnen, die Benachteiligt sind. Das entspricht der Logik demographisierter Diskurse, in denen Altern in erster und oft einziger Linie auf seine Defizite und Kosten reduziert wird. Hier muss auch nichts ultimativ getan werden, sondern wird auf eine Fertigstellung „gehofft“, obwohl dies das einzige erwähnte Politikfeld ist, in dem er als Gestalter zuständig ist.

In der Praxis zeigen sich Wirkungen demographisierter Diskurse typischerweise darin, dass jegliche Veränderungen über den demografischen Wandel begründet werden. Mit dem Beispiel sollten nicht Entscheidungen und Demokratieverständnisse in Frage gestellt werden, deren Ausrichtungen hier keinem Werturteil ausgesetzt werden dürfen und vor allem nichts mit der Person oder Partei der Quelle zu tun haben müssen. Es geht hier um die Materialisierung sozialtechnologischer Versuche, die sich in solchen Diskursen überall nachweisen lassen. Sie gehen vom Primat technischer und biologischer Zwangsläufigkeit aus und subsumieren jegliche soziale und humane Ziele denen der Zentralplanung. Wenn wir das Zitat abschließend in seiner Gänze ansehen, bleiben die im Einzelnen nachgewiesenen Strukturkennzeichen des Technokratismus in der Logik des Ablaufes recht gut verborgen:

Herr Meidler, Sie sind nun seit über einem Jahr Bezirkshauptmann in V. - mit welchen Problemen kämpft Ihr Bezirk?

Meidler: Mit der Überalterung! Unsere Schulen stehen, obwohl sie über gute Bildungsstandards verfügen, in immenser Konkurrenz zu K. Deshalb brauchen wir Schulkompetenzzentren, wo vom Kleinkind bis zum 14-Jährigen alle in einem modernen Gebäude untergebracht sind - mit Nachmittagsbetreuung, Verköstigung und Abholdienst.

Z: Gegen die Schließung kleiner Schulen werden sich aber viele Bürger wehren, weil Arbeitsplätze verloren gehen, weil die Schule wichtiger Bestandteil des Dorflebens ist.

Meidler: Dass Kleinschulen aufgelöst werden, passiert sowieso. Die Lehrerdienstposten werden zurückgefahren und wir müssen auf den Schülermangel reagieren. Viele Schulen sind schwer renovierungsbedürftig - top gepflegt, aber schwer zu erhalten. Dass es weniger Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst geben wird, ist natürlich ein Thema. Und man muss den Bürger fragen. Es ist sein Steuergeld - das ist häufig die Aufgabe des Bürgermeisters. (...)

Z: Worauf darf man als Bürger in V. hoffen?

Meidler: Zum Beispiel auf die X-bahn. Wir werden versuchen, ein Verladezentrum in P.-dorf zu bekommen, denn wer an Transversalen lebt, hat Zukunft! Der Bezirk ist verkehrsmäßig gut erschlossen. Das Angebot an die Bevölkerung muss lauten: „Leute bleibt hier, auch wenn ihr woanders arbeitet.“ Wir sind ein Bezirk, wo gearbeitet wird und ein Bezirk, wo es sich zu leben lohnt.

Z: Welche Probleme gibt es innerhalb der Bezirkshauptmannschaft?

Meidler: Wir müssen von 85 Mitarbeitern bis 2014 zehn Prozent einsparen. (...) Auch das E-Government wird noch nicht gut von den Bürgern angenommen, was auch daran liegt, dass die Bürgerkarte etwas kostet. Und wir hoffen auf einen barrierefreien Zubau mit einer Serviceinsel für die Bürger.

Hier werden von der lokalen Politik Antworten auf Probleme gesucht, die sie selber nicht lösen kann und bräuchte und mit Demographie ursächlich wenig zu tun haben. Seit *Bourdieu (1987)* ist z.B. die Angst der Mittelschichten vor Abstieg bekannt, und deren Reaktion darauf. Ihre Kinder sollen exklusive Bildung genießen, keine Massenschulen besuchen müssen. Segregation nach Schichtzugehörigkeit ist auf dem Bildungsmarkt längst Faktum, vollkommen unabhängig von den sinkenden Schülerzahlen. Aber bittere Erkenntnisse sozialer Segregation können sich hinter dem Mythos der „Überalterung“ trefflich verstecken. Es werden dabei Argumente gegen sozialen Ausgleich, gegen Umverteilung, pro Privatisierung, pro Konkurrenz in der administrativen Planungsdoctrin reproduziert und umgesetzt.

Demografisierung ist in der Praxis der Entwicklung ländlicher Räume zur Doxa geworden, deren mediale und politische Präsenz zu einer Verdrängung sozialer Alternativen geführt hat und Engagement nicht anregen kann, sondern maximal versucht zu einem *Dienst* umzufunktionieren. Kürzungen im Sozialhaushalt, Zentralisierung und Effizienzdiskurse werden auf solche Weise begründet oder damit unterstützt. Das diese Phase demographistischer Deutungen irgendwann abgelöst wird? Dies steht zu wünschen. Im Sinne des *cultural lag* (Ogburn) werden wir noch lange mit den Wirkungen persistenter Deutungsmuster zu tun haben, womit es sich noch lohnt, ihre langfristigen Wirkungen genauer zu betrachten.

Gerade die Frage der Zentralisierung dürfte kritischer betrachtet werden. Wenn in ländlichen Regionen alleine dem Urbanen ähnliche Zentren gefördert werden, dann fragt sich, ob denn eine rurale Eigenständigkeit und Identität überhaupt noch erhalten bleiben kann. Insgesamt steckt hier eine allgemeine Unterstellung von Vulnerabilität des Ländlichen, also dass kleine Orte per se nicht überleben könnten. Das mag ökonomisch gesehen ja sogar so sein. Aber darf gefragt werden: warum bricht plötzlich „Überalterung“ über unsere Dörfer herein? Hat der demografische Wandel just angefangen diese perfide Wirkung zu entfalten? Muss nicht wirklich etwas getan werden, wenn nun ein „immenser“ Wandel beginnt?

b) Exkurs: Woher kommen die Demographismen?

Der demografische Wandel ist so alt wie die Aufzeichnung von Bevölkerungsdaten. So etwas wie ein andauerndes demografisches Gleichgewicht, einen Zustand ohne demographischen Wandel gab es wahrscheinlich nie. Stillstand ist jedenfalls - seit dem Demographie messen kann - nirgendwo zu finden. Veränderung ist die Regel. Eine Verdopplung des Anteils an Menschen über 60 Jahre fand von 1900 auf 1950 statt. Dies hat nicht dazu geführt die Altersversicherung abzuschaffen. Im Gegenteil, sie wurde zu dieser Zeit eingeführt. Auch Zeitraum von 1950 und 2000 haben wir insgesamt gesehen keinen starken Rückgang der sozialen Leistungsfähigkeit sondern eher einen starken Aufbau erlebt. Auch in dieser Zeit ist ein starker Anstieg des Anteils Älterer zu verzeichnen. Wenn diese Quote bis 2050 weiter steigt, ist ja nicht ausgemacht, ob dies zu einer Umkehrung der Gleichzeitigkeit von Wohlstands- und Alterswachstum führt.

Tabelle 1: Anteile der Altersgruppen an der Gesamtbevölkerung (Deutschland)

Frauen und Männer	1900	1950	2000	2050 ¹
bis 20 Jahre	44	31	21	16
21 bis 60 Jahre	48	55	55	47
über 60 Jahre	8	15	24	37

1) Kalkulation auf Basis der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung

Quelle: Statistisches Bundesamt, Kalkulationen für die Akademiengruppe „Altern in Deutschland“ (2010)

Die Frage der sogenannten „Belastung“ der mittleren Altersgruppen, ist eher eine, die durch Erwerbsbeteiligung und Inklusion in Versicherungssysteme moduliert wird, wie dies kritische Volkswirte wie *Bosbach*, *Butterwegge* und viele andere seit einigen Jahren bemerken. Letztendlich stellt sich die Frage der Allokation von Produktivitätsgewinnen in den Gesellschaften. Zeichen für demographisierte Diskurse ist es, wenn eben nicht diese Fragen, sondern Veränderungen reiner Bevölkerungsmaße als plötzliches Drama „entdeckt“ und in der politischen Arena skandalisiert werden. Ein berühmtes Zitat eines deutschen Ministers im Sommer 2003 lautete: „Wir Sozialdemokraten haben in der Vergangenheit die drohende Überalterung unserer Gesellschaft verschlafen. Jetzt sind wir aufgewacht. Unsere Antwort heißt: Agenda 2010! Die Demografie macht den Umbau unserer Sozialsysteme zwingend notwendig.“ Damit wurden die „Hartz IV Gesetze“ begleitet und das bis dahin vorbildliche allgemeine deutsche Rentensystem im Umlageverfahren durch die Einführung der so genannten Riester-Rente bis zur Unkenntlichkeit verreformiert.

Empfindliche soziale Einschnitte naturwissenschaftlich zu begründen ist somit keine Erfindung von Bezirkshauptleuten oder der deutschen Sozialdemokratie. Auch den demographischen Wandel als Legitimationskeule einzuführen geht nicht auf das Konto der SPD. Schon *Adenauer* (CDU) wusste, dass der demografische Wandel ein großes Problem wäre und man etwas tun müsse. Vor allem für die Familien, womit damals der Status der westdeutschen Hausfrauenehe (*male-breadwinner* Modell) gegen den modernen Trend der Inklusion von Frauen in die Erwerbsmärkte (USA, Frankreich, Skandinavien und DDR) legitimiert wurde. Solche Verklärungen sind wie gesagt so alt wie die Bevölkerungswissenschaft selber. Mit Begriffen wie „Schrumpfen“ und „Aussterben“ ließen sich aber noch ganz andere politische Doktrinen durchsetzen.

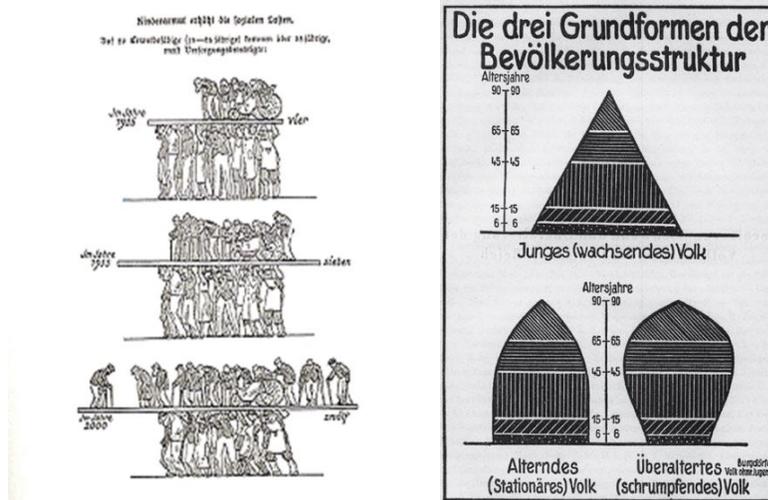
In Bevölkerungsvorausberechnungen wie sie beispielsweise *Friedrich Burgdörfer* ab dem späten Kaiserreich bis zum Ende des „1000jährigen Reiches“ und darüber hinaus publizierte, wurden die Grundlagen des demographischen Alarmismus gelegt. Auf der Basis der damaligen Entwicklung der „Zusammengefassten Geburtenziffer“ (heute: *Total-Fertility-Rate*), einer Maßzahl die Burgdörfer selber einführte, wurden in den 1930er Jahren schon für die 1970er Jahre viel höhere Altersquotienten berechnet, als heute für 2050 vorhergesagt werden. Das war damals vollkommen richtig „berechnet“ – bzw. extrapoliert.

Wir bringen den Studierenden immer bei, Extrapolationen nie als Prognosen zu begreifen, sondern als einfache Fortschreibungen, die natürlich nicht in die Zukunft sehen können. So konnte Burgdörfer natürlich nicht wissen, dass seine Berechnungsgrundlagen für die 1950er, 60er und 70er Jahre vollkommen irrelevant sein sollten. Abgesehen von Krieg, „Pillknick“ und Migration, sollte es ja das „1000 jährige Deutsche Reich“, das er ja mit seinen mahnenden Publikationen vor dessen „Todschrumpfen“ retten wollte, schon 15 Jahre nach seinen Prognosen schlicht nicht mehr existieren.

Für Burgdörfer war *Schrumpfen* ein so bedrohlicher Fakt, dass dem entsprechend politisch entgegnend zutreten wäre. Die bis heute durch die Lehrbücher geisternden „drei Grundformen der

Bevölkerungsstruktur“ stammen von ihm: „1. junges (wachsendes) Volk, 2. alterndes (stationäres) Volk und 3. überaltertes (schrumpfendes) Volk“. Sie wurden bekannt mit seinem von der NSDAP beworbenen Buch „Volk ohne Jugend. Geburtenschwund und Überalterung des deutschen Volkskörpers“ das ab 1932 verlegt wurde. Die Urne wird als Form des „überalterten“ Bevölkerungsaufbaus gewählt und auch explizit so genannt. Damit wird auch der oben erwähnte Schrumpfungsbegriff in der Diskussion verankert. Es ist in dieser Ikonographie sofort zu erkennen, was gemeint ist und es werden die entsprechenden Methapern gewählt.

Grafik 3: „Überalterung“ als „alter Hut“ (Grundformen der Bevölkerungsstruktur aus Burgdörfers „Volk ohne Jugend“ 1932)

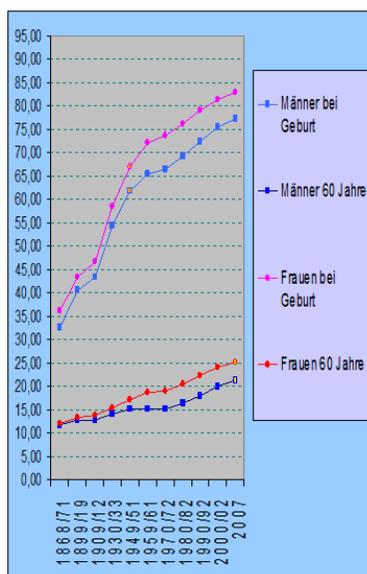


Quelle: Thomas Etzemüller (2007): Ein ewigwährender Untergang. Der apokalyptische Bevölkerungsdiskurs im 20. Jahrhundert. S. 95, Rechts Original in Burgdörfer 1932: S. 112

Das Bild von der wachsenden Masse an Älteren, die das „Produktive im Volkskörper“ (heute: „die Leistungswilligen“, die „Steuerzahler“) zu erdrücken scheinen, stammt aus den 1920er Jahren. Schon 1911 hatte ein gewisser Julius Wolf den von ihm berechneten Geburtenrückgang skandalisiert und damit Nationalkonservative begeistert. Spätestens seit dem 1929 erschienenen Beitrag unter dem Titel: „Vom Leben und Sterben unseres Volkes“ im Journal: „Soziale Zeitfragen. Beiträge zu den Kämpfen der Gegenwart“ wird dann aber Friedrich Burgdörfer zu dem maßgeblichen Wortführer völkischer Radikalisierung. Demographen wie Burgdörfer waren auch nicht etwa (wie oft angenommen) Mitläufer, sondern Vordenker und Motoren der Blut- und Bodenideologie der NSDAP und auch nachdrückliche Förderer der Euthanasie. Burgdörfer wurde schon im Kaiserreich vom „Doktor zum Agitator“, wie dies Thomas Byrant (2010) treffend in seiner Burgdörfer-Biographie nannte. Dass er seine Ikonographie selber für eine zutiefst inhumane Doktrin verwendet und nutzbar machte, hat deren Wirkungsmacht bis heute nicht geschadet. Die Apokalypse des „Schrumpfens“ und die Idealisierung der „stabilen Bevölkerungspyramide“ von Burgdörfer blieben in der *Folklore des Halbwissens* (Beck-Gernsheim) deutscher Publizistik fest verankert.

Obwohl alternde Gesellschaften immer Wohlstandsgesellschaften sind (sonst könnten sie nicht altern), verbinden die meisten „Wissenden“ wie Burgdörfer Altern mit der „Urnenform“ und Sterben, Schrumpfen, Untergang. Folgende Grafik zeigt auch das Altern, aber als einen rapiden Anstieg der Lebensalterszeit, eine Verdopplung der Lebenserwartung in Österreich in den letzten hundert Jahren. Das könnte man in konservativem Duktus als einen „enormen Kulturerfolg“ bezeichnen. Aber solche Darstellungen sieht man überraschend selten. Mit dem demografischen Wandel werden solche Darstellungen kaum verbunden.

Grafik 5: Zunahme der Lebenserwartung in Österreich 1868 – 2007 (bei Geburt & im Alter von 60 Jahren für Frauen und Männer)



Quelle: STATISTIK AUSTRIA, 27.5.2008, Sterbetafeln, Gebietsstand: 1868/71 bis 1909/12: Niederösterreich (mit Wien), Oberösterreich, Salzburg, Steiermark, Kärnten, Tirol und Vorarlberg im damaligen Gebietsumfang. Ab 1930/33 heutiger Gebietsstand Österreichs. Vergleiche hierzu auch die vielen Publikationen des Wiener Sozialhistorikers *Josef Ehmer*, insbesondere seine „Bevölkerungsgeschichte und historische Demographie 1800-2000“.

Untergangsszenarien, die tumb der Bildsprache des Nationalsozialismus folgen, lassen eine positive Bewertung der stetig steigenden Lebenserwartung faktisch nicht zu. Positive Deutungen sind im Diskurs auffällig selten zu finden. Von einer notwendigen Abgewogenheit, wie sie sich bei wenigen Autoren/innen findet, ist die Mehrheit der Demographisten weit entfernt. Seit den interessanten Beiträgen von *Thomas Byrand* (auch im Heft 10 von „Aus Politik und Zeitgeschichte“ 2011) sollte eine gewisse Vorsicht vor alarmistischen Mahnungen walten, denn dort ist in historischem Bildmaterial zu sehen, wie „Reichspropagandaminister“ *J. Göbbels* höchstpersönlich 1933 in Berlin vor den einschlägigen Graphiken die Ausstellung „Die Frau“ eröffnet. Vom „Aussterben des deutschen Volkskörpers“ fabulieren seitdem alte und neue Nazis aller Couleur.

Neu sind die aggressiven Töne in den Verlautbarungen der neoliberalen Think-Tanks. Zur Vorstellung einer Studie mit dem Titel: „Die demografische Lage der Nation“ hörte sich das 2006 z.B. folgendermaßen an: „Unter Deutschlands Kommunen kommt es in den nächsten Jahren nach Einschätzung des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung zu einem knallharten Wettstreit um gut qualifizierte Menschen und junge Familien. Es wird ein Hauen und Stechen geben, einen regelrechten Einwohnerkannibalismus.“ Warum bringt *Reiner Klingholz* als Institutsleiter solche Vokabeln in den Umlauf? Was soll „Einwohnerkannibalismus“ sein? Eine angemessene Beschreibung der Werbung um Einwohner/innen, die es immer gab, ist das nicht. Geht es um eine neue Typik von Wanderungsbewegungen, die als aber „Landflucht“ seit dem ausgehenden Mittelalter bekannt ist? Konnte so die Massenauswanderung aus Deutschland beschrieben werden, die Migrationshistoriker wie *Klaus Bade* gut belegt haben? Auch die jüngste „Aufnahmekultur“ wird damit sicher nicht gemeint sein. Alles dies waren massivere Wanderungsbewegungen, als das was in „Die demografische Lage der Nation“ angedroht wird. Die Rhetorik der angeblichen Abwerbung unter Gemeinden in Deutschland ist hier wieder sehr aufgeregt, in dem erwähnten Beispiel horrrortiefend. Der Tenor ist: „Kämpft gegeneinander, (knallhart) geht diesen Wettbewerb ein!“, und „Es wird Gewinner und Verlierer geben!“ - d.h. pro Verdrängung, contra sozialem Ausgleich. Auch hier sind es nicht Bürger, die als verantwortliche zivile Akteure angesprochen werden, sondern politische Institute und Verwaltungen. Werden sie dann aber gleich zu *Kannibalen*, wenn sie Einwohner gewinnen wollen? Ich meine, die

Einwohner/innen werden doch nicht verspeist, sondern ihnen werden doch nur gute Angebote gemacht (wie Grund für Eigenheime geschenkt). Ein ewiges Mysterium demographischer Allusionen. Sie stellen das sprachliche Gegenteil zu den bekannten Euphemismen der Ökonomie (z.B. „Marktberreinigung“, „Gesundschumpfen“, „Humankapital“) dar, die ganz eigenartige Formen von Pejorativen (bzw. Dysphemismen) bereitstellen um unser Denken zu beeinflussen.

c) Praktische Reaktionen, Fallbeispiel zwei: „Der Demographie-Check“

Eine der Fragen von oben war, was dieses Vokabular bei denen Auslöst, die in einer „Schrumpfungszone“ leben und dies nicht hinnehmen wollen. Dies kann gut betrachtet werden, wo sogenannte „Demografie-Checks“ wirken. Selbsterklärtes Ziel dieser Aktionen ist es, durch „Wissenschaftlichkeit“ Bürger, Verwaltung und Politik zu informieren. Dementsprechend enden Präsentationen solcher Demografie-Checks in der Regel mit aktivierenden Aufrufen. Hier seien die Autorinnen dieser gut gemeinten Aktion durch Kodierung wieder geschützt. Es handelt sich um ein Zitat aus der Presse zu einer Präsentation aus dem Jahr 2014 in der eine ländliche Region Österreichs „Demographie-gecheckt“ wurde. Eine zentrale Mahnung war hier an die Zivilgesellschaft gerichtet: *„Jeder ist aufgefordert aktiv an einer gedeihlichen Entwicklung mitzuarbeiten. Nun besteht erstmals die Möglichkeit dazu.“* (seit dem der Demographie-Check vorliegt).

Inwiefern kann ich aber als Bürger/in an einer „*gedeihlichen*“ Entwicklung in meinem Dorf mitarbeiten? Ist das eine Aufforderung zur verschärften Reproduktion? Kann auf der Basis eines Demografie-Checks tatsächlich so etwas wie Handlungsautonomie gestärkt werden? Vorher wird noch gedroht „Bei Euch werden Dörfer aussterben, wenn Ihr nicht endlich loslegt“. Aus sozialpsychologischer Sicht ist es unwahrscheinlich nach einem solchen Vorwurf „loszulegen“ (womit eigentlich genau?). Wenn Angst ausgelöst wird, führt es in der Regel nicht dazu, Selbstwirksamkeit und Handlungskompetenz zu stärken.

Wer ist eigentlich mit dem Aufruf adressiert? Diejenigen die im Geist die Koffer packen? Oder diejenigen (Älteren?), die diese (Jungen?) aufhalten sollen? Wussten beide Gruppen bis zu dem Check noch nichts von Abwanderungsbewegungen, mussten also „wachgerüttelt“ werden? Oder ist mit „*jeder*“ doch wieder die politische Verwaltung gemeint? Was könnte sie „*Gedeihliches*“ tun? Zum einen wäre vor dem Hintergrund eine stärkere und wirksame Sozialpolitik und ländliche Förderung gefragt, eine Stärkung der ländlichen Bürgerschaft, auch mehr Machtbefugnisse und Subventionen ruraler Strukturen (wie Dorfschulen). Gerade dies wird aber mit den Demographismen nicht angeregt. Eher wird darauf verwiesen, dass die vielen positiven Aktivitäten in und für die Gemeinden allesamt vergeblich waren. Weitere Kürzungen, Zentralisierungen und Druck auf lokal progressive Akteure sind damit vorhersehbar und legitimiert.

Im vorliegenden Fall gab es sogar schon ganz hervorragende bürgerschaftliche Initiativen, die sich bottom-up entwickelten und für eine erstaunliche Verbesserung der sozialen Grundversorgung gesorgt hatten. Einige Angebote der dort unabhängig von Regionalplänen etablierten psychosozialen Versorgung wurden sogar zum Anziehungspunkt für das benachbarte urbane Publikum. Dies waren erste positive Ansatzpunkte nachhaltiger Steigerung der Attraktivität der vorgeblichen „*Schrumpfungszonen*“. Eines Aufrufes an diese schon Aktiven hätte es nie bedurft. Sie haben eher eine stärkere Thematisierung und Stützung ihrer Arbeit gesucht.

Ist es dazu einer Stärkung der zivilgesellschaftlichen Akteure gekommen? Eher nicht. Mittel für die Projekte der Aktiven wurden jedenfalls gekürzt. Prozesse sind bei der Landesregierung über sogenannte „Regionalmanagerin“ zentralisiert und durch die Landesverwaltung kanalisiert. Aus projektfinanzierten Aktiven werden etatierte „Demographiebeauftragte“. Hier macht sich eine Planungsbürokratie breit, die zivilgesellschaftliche Akteure behindert und unter ihre Richtlinien zwingen will. Demografisierungsdiskurse fördern also nicht bürgerschaftliches Engagement, sondern „fressen es auf“,

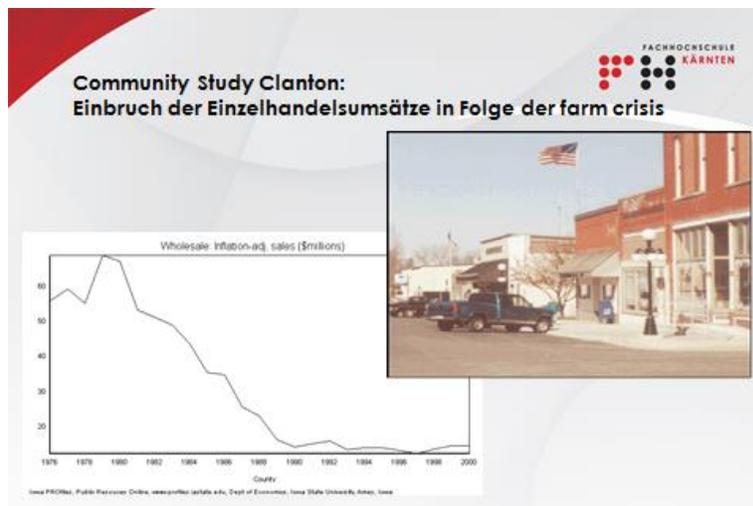
um Bild des „Einwohnerkannibalismus“ von Klingholz zu bleiben. Ob die „Checks“ mehr schaden oder mehr nützen wird sich kaum klären lassen. Denn die Berichte liegen bei den Gemeinden (die ihn auch bezahlt haben) und den „Regionalmanagern“, dürfen aber von keinem Bürger angesehen werden, da sie allesamt wie Geheimpapiere behandelt werden. Herrschaftswissen it's best. Aber es ist wahrscheinlich wirklich das Beste, wenn sie von möglichst wenigen Personen gelesen werden.

Gleichzeitig wird eine „Aktivierung“ der Älteren (wir erinnern uns an die „Zurückgelassenen“ in den Dörfern) auf allen Ebenen verlangt und angeregt. Seitens der deutschen Regierung wurde direkt davon gesprochen, ältere Menschen sollen doch einen Eigenbeitrag zur Entschärfung der (durch sie selber?) „demographisch verursachten“ Probleme öffentlicher Kassen leisten. Dies war schon ethisch zweifelhaft (vor dem Hintergrund der enormen Lebensleistung der Aufbaugenerationen). Darüber hinaus wird kein freiwilliges Engagement gefördert (was Chancen eröffnen und Prestige zuteilen müsste), sondern quasi ein Dienst verlangt: *„Die Zunahme von Ressourcen und Kompetenzen älterer Menschen und das erhebliche Ausmaß an freier Zeit ziehen eine Erhöhung ihrer Aktivitätspotenziale nach sich. angesichts der demografischen Verschiebungen und der daraus zwangsläufig entstehenden Belastungen stellt sich mithin die Frage, ob die älteren Menschen einen Eigenbeitrag zur Entschärfung der durch den demografischen Wandel verursachten Verschiebungen im Belastungsgefüge der Generationen leisten können und müssen. ... (Enquête-Kommission „Demografischer Wandel – Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik“ Bundestagsdrucksache 14/8800: 48 vom 28.3.2002).* Soweit gehen die Stimmen aus Österreich noch nicht. Übertriebene Forderungen führen zu einer Diskreditierung von Aktivierungsanliegen insgesamt. Das trotzdem eine weitere Steigerung des Engagements Älterer messbar ist, bleibt vor diesem Hintergrund frappant. Wenn aber weder Angst noch Pflicht als Aktivierungsmotiv zulässig sind, was könnte dann so etwas wie ein „Lebenswertes Altern“ auf dem Land anregen?

III Wie könnte Engagement auf dem Lande soziologisch typologisiert werden?

Nun möchte ich Sie zu einem Ausflug in die ländliche U.S.A. der 1990er Jahre entführen. Erinnern wir uns zurück. Die große „Farm Crisis“, wo fast ein Drittel aller Farmen innerhalb kurzer Zeit aufgeben mussten, lag einige Jahre zurück. Das ist hierzulande fast vergessen, war damals aber dort noch als nationale Tragödie präsent. Für die betroffenen Farmfamilien war es ein Drama und wirkte sich negativ auf die Farm Towns aus. Die vom U.S. Census verzeichneten Rückgänge der Einzelhandelsumsätze der ruralen Counties sind bleibende Zeugnisse dieser Katastrophe. Solche extremen Einbrüche gab es im Nachkriegseuropa übrigens nie, auch jüngst in Griechenland wäre dies schwer nachweisbar.

Grafik 6: Community Study Clanton: Einbruch der Einzelhandelsumsätze in Folge der farm crisis



Quelle: Brauer (2005): Bowling Together

Kann hier eine Wohnortbindung aufrechterhalten werden, wenn Umsätze dermaßen schroff wegbrechen? Dass kleine Orte in den USA aufgegeben werden ist nichts Alltägliches, aber auch kein Skandal, sondern Realität. Wie gelingt es nun aber einem Ort in solch einem County der Bedrohung seiner Devastierung zu entgehen? Kann in solch einem Umfeld ziviles Engagement überhaupt entstehen, irgendwie helfen? Wenn ja, wie wirkt es, welche Rolle spielen Ältere dabei oder demographische Prognosen?

Es handelt sich bei dem Fall Clanton (Brauer 2005) um eine typische Farmtown des Mittelwestens mit drei Kirchen, einer Kooperative, genossenschaftlicher Wasserversorgung, Telefonkooperative, gemeinschaftlicher Bibliothek, einer Masse an Sportanlagen um die Schule, und – hier die erste Überraschung - einem neuen Care-Center (Pflegeheim).

Wie hat Clanton es geschafft Infrastruktur auszubauen, trotz ökonomischem Einbruch in der direkten Umgebung? Wie konnte ein kommunales Schwimmbad und die Tennisplätze überleben, ein Golfplatz etabliert werden und das teure Pflegeheim gebaut werden? Wenige Jahre nach dem Schock und fernab der Universitätsstadt, ohne „*Transversale*“ oder andere Gunstlagen? Die U.S. Regierung und die von Iowa in Des Moines haben natürlich nach der Krise immense Hilfsprogramme für den ländlichen Raum angefahren. Aber wie ließen sich diese mit den hier strikten Grundsätzen der Leistungsgesellschaft und in nur rudimentäre sozialstaatliche Traditionen implementieren? Die Idee war auch hier: Kapital muss von außen in die Towns fließen. Gedacht wird in subsidiären Systemen immer zuerst an die Potentiale der Familien. Aber die sind ja nun selber bedürftig. Sind etwa die „entfernten Verwandten“, Abgewanderte, evtl. etwa jene erfolgreiche Großonkels und -tanten, von denen gemunkelt wird, sie hätten in Chicago und Kalifornien ein kleine Vermögen angehäuft, gemeint?

Warum sollten aber diejenigen, die längst der Town den Rücken gekehrt haben, hier spendieren? Dazu braucht es zwei Bedingungen. Erstens sind lockere Verwandtschaftsnetzwerke notwendig, die z.B. über die sogenannten *family reunions* gepflegt werden. Der Kontakt kann nicht mehr alltäglich sein, sondern wurde außergewöhnlich, etwas Besonderes. Zweitens muss auch ein besonderer Bedarf, eine wahrhaft soziale Notwendigkeit bestehen, die eine substanzielle private *donation* rechtfertigt. Die dauerhafte Unterstützung von Verwandten widerspricht dem Leistungsideal und ist weitgehend unbekannt. Es gibt daher ja auch keine sozialen Leistungen, die vom Einkommen der Eltern (oder bei Älteren von denen der Kindern) abhängig sind. Es wird nicht in der Regel oder gar stetig geholfen, sondern weiterhin individuelle Eigenständigkeit propagiert. Über die Herkunftsfamilie eine soziale Einrichtung in der Nähe der „*homefarm*“ miterrichten helfen zu dürfen ist dem hingegen etwas ganz Anderes. Es ist eine Ehre und gute Möglichkeit nicht nur seine Großzügigkeit zu zeigen, sondern auch seine Wurzeln im (in Not geratenen) „Herzland“ zu repräsentieren.

Hierauf verlässt sich die Landesentwicklung Iowas in der Regel. Prämisse ist ja, dass jede soziale Investition Eigentum der Community ist oder werden soll und daher auch finanziell responsibel, daher privat beteiligt sein muss. Die Förderung für das neue Care Center beträgt bei der Investition durch den Staat Iowa immerhin 50%. Die andere Hälfte muss aber aus der Gemeinde kommen – in einer Gegend die die schwerste Krise seit der großen Depression verkraften musste. Wie sollen jetzt gerade diese 800 Einwohner, plus der übrig gebliebenen Farmer des Hinterlandes, mindestens 0,8 Mio. US\$ zusammenbekommen? Materielles Engagement für die eigene Community wird nicht einfach „angeregt“, sondern zur ersten und harten Bedingung subsidiärer Förderung.

Um die andere Frage von oben gleich hier zu beantworten: Es gab keine Diskussion um „Überalterung“. Erstens stellt die U.S.A. über ihr *Bureau of Census* seit jeher viel mehr soziale und ökonomische Daten aller Gemeinden offen so dar, dass sie gut verständlich jederzeit und für jedermann gut einsehbar sind. Skandalisierungen schließen sich bei der hohen Transparenz daher weitgehend aus. Zudem ist Altersdiskriminierung geächtet und schon seit den 1980ern das Wissen um die „Produktivität“ des Alters fest verankert.

Lokale Pastoren (!) und andere Experten in Clanton oder an der *Iowa State University* wiesen mich immer wieder darauf hin, dass Towns mit einem hohen Anteil stetiger Pensionseinkommen (der Älteren) die Krise besser bewältigen können würden. Damit stiege auch das Gewicht des Gesundheitssektors im ländlichen Raum. Wenn solvente Ältere sich mit dem ehemals hier erworbenen Kapital in die Sun-Cities aufmachen, oder auch nur ein besseres Pflegeheim in einer anderen Community suchen, fehle deren Kapital in lokalen Markt, wurde argumentiert. Der Wunsch seine Altvorderen in der Gemeinde gepflegt zu wissen ist also nicht nur emotionaler Bindung geschuldet, sondern auch ökonomisches Kalkül der Gemeinde. Das ist aber die Umkehrung der Argumente aus Österreich. Pflegeausgaben in der Gemeinde sind in den U.S.A. keine Ausgabe, sondern eine Einnahme. Auch wenn man dafür erstmal in eine Heim investieren muss. Auf der Einnahmenseite stehen dann die Steuern der Ärzte und Pflegekräfte, die hier wohnen müssen, wenn ein Care Center sich hier etabliert. Zudem darf der Status einem Care-Center-Board anzugehören oder ihm gar vorzusitzen, nicht unterschätzt werden. Hier sind es Clantoner die die Aufsichtsratsposten unter sich ausmachen, keine externen Spezialisten. Der Anreiz sich hier zu engagieren war recht hoch. Es gab ernste Wahlkämpfe (wie für den *school board* die *telefon coop* die *farmer coop*, den Posten des *sheriff* etc.). „Geworben“ um Engagement musste dafür nicht mehr.

Damit sind aber noch keine Spendendollars gesammelt. Notwendig war hierfür alle Kirchen, Clans und Cliques kooperieren zu lassen, die bislang konkurrierten. Der hierfür gegründete Board war also gut beraten, die Idee des Care Centers als Identifikation mit der gesamten Community aufzubauen, nicht mit nur in einer der Gruppen. Dies gelang. Jeder Clantoner ist der Meinung, „wir“ hätten von der Idee bis zur Eröffnung alles selber gemacht, einige im beneideten Vordergrund, andere an der Basis, alle als zivil Engagierte. Dass hier auch *community organizer* der Firma wirkten, die als Projektvermittler der aktuellen Betreiber – die mit den ländlichen Care Centers recht gut verdienen - ist vollkommen vergessen. Man findet auch keinen der Regionalentwickler oder Consultants auf einem der unzähligen Fotos, die zur Grundsteinlegung, beim Spendensammeln, der Eröffnung usw. in der Lokalpresse veröffentlicht wurden. Auf den Poesie-Bildern der eigenen Erfolgsdokumentation finden sich immer nur Aktive der Town. Dies sind vor allen ältere Menschen, aber auch einige Jüngere. Nie aber Landentwickler, zuständige Landespolitiker oder gar Profis der beteiligten Unternehmen. Auch der eigene Bürgermeister bleibt eine Randfigur. Im Mittelpunkt stehen immer die Aufsichtsratsmitglieder des Care Centers, Repräsentanten wichtiger (und nicht befreundeter) Clans als deren Galionsfiguren, deren entfernte Verwandte auch die größten Spenden lieferten.

Nun mag man einwenden, der hohe Grad an Selbstorganisation in den U.S.A. ist ja historisch gewachsen, ideologisch angelegt, ließe sich daher nicht verallgemeinern. Das mag sein. Zudem ist die Brutalität eines fehlenden Sozialstaates allerorten augenfällig. Wer in neoliberaler Manier Landes- und Gemeindeausgleich aufgeben will, sehe sich die ausgestorbenen Towns an, die es genügend gibt. Ein solcher Vergleich zwischen U.S.A. und Österreich bzw. Europa war hier nicht angelegt. Es geht darum herauszuarbeiten, wie unter vergleichsweise harten Bedingungen ein enormes Engagement von und für Ältere funktionieren konnte. Was sind verallgemeinerbare, immanente Bedingungen, die nicht auf theoretischem Wege, sondern empirisch basiert am Fall nachweisbar sind? Welche Stellung haben dabei die Älteren bzw. wo liegen Impulse für die Aktivität? Amerikanische Sonderbedingungen lassen sich dabei eben nicht ausklammern. Aber der fremde Kontext lässt die Prinzipien des Engagements viel einfacher verdeutlichen, als dies im Dickicht des europäischen Förderdschungels je erkennbar wäre.

Ich möchte diese Mindestbedingungen einer solchen Entwicklung hier kurz umreißen, die ich an anderer Stelle (*Brauer 2005*) als „HOST-Formel“ versucht hatte griffig zusammenzufassen.

- „H“ steht dabei für Heterogenität, heute würden wir sagen „Diversity“. Es müssen alle Gruppen erfasst werden für ein ziviles Engagement, nicht nur eine „Zielgruppe“ (Junge/Alte/Benachteiligte/Frauen/Unternehmer etc.) oder gar nur eine Machtgruppe. Das wäre Förderung von partiellen Privatinteressen aber nicht von zivilem Engagement. Im

österreichischen Kontext wären z.B. die vorhandenen Glaubensgruppen einzubeziehen. Weniger wichtig wären die lokalen Cliques (die es nur dort geben kann, wo es eine einzige allgemeine Gesamtschule gibt, was hierzulande unbekannt ist). Auch die Clans haben weniger Bedeutung, dafür eine ungleich höhere die Parteien. Die meisten Orte in Österreich haben duale Strukturen (Rot/Schwarz). Es müssten also mindestens diese beiden Gruppen dabei sein, wenn ein tatsächliches ziviles Engagement evoziert werden sollte. Oder keine von beiden, aber niemals nur eine.

- „O“ kam von Optionalität, was die hohe Bedeutung von Wählbarkeit der Aktionen und Mittel einschließt, die von Sozialarbeitern/innen angeregt werden können, aber nie von der Planung vorgegeben werden dürften. Wählbarkeit der Aktivität und Gruppierung ist somit essentiell. Wenn eine Vorstellung von Partizipation, ein ganzen Baukasten schon mitgeliefert wird, dem dann nur gefolgt werden kann, wird sich soziale Nachhaltigkeit nie entfalten. Der Unterschied zwischen ziviler Aktivität als Engagement und einfachem „Folgen“ ist nicht ein Ausdruck der „staatsferne“ oder „Marktnähe“, sondern dem Grad der Optionalität. Der Anfang ist schwer. Denn sollte sich aber für jede und jeden eine Aktion (pro Schule, KiTa, Altengruppe, Umwelt, Transport, Inklusion, etc. etc.) finden, in der eine Aktivität gewählt und eine Spitzenposition erobert werden kann.
- „S“ steht für Statuspotential, womit das hohe Ansehen gemeint ist, welches mit der Teilnahme verbunden sein muss. Hier liegt die komplizierteste Aufgabe für Community Organizer. Wie einst Tom Sawyer müssen sie so für Teilnahme werben, dass es als Ehre erscheint (beim Zaun streichen) mitwirken zu dürfen. Wenn sich Wissenschaftler/innen, Entwickler/innen, Architekten/innen und Verwaltungsvorsteher (Bürgermeister/innen, Landräte, Bezirkshauptleute) in den Mittelpunkt stellen, und nur noch brave Zuhörerinnen und Bedürftige suchen, vernichten sie den Hauptimpuls zivilen Engagements.
- „T“ steht für die wichtigste Mindestbedingung: Transparenz. Mafiöse Gelübte und verheimlichte Mittelverwaltungen sind das Gegenteil von zivilem Engagement. Zudem haben auch gute Ideen keine Chance, wenn sie aus einer black box der Berater gezaubert werden. Daher sind professionelle partizipative Verfahren (wie Open Space) so wichtig. Ziele und vor allem Mittelflüsse sind von Anfang an offen zu legen, Methoden und Strategien gemeinsam zu entwickeln und alle Gewinne und Verluste just in Time zugänglich zu machen. Sind Positionen bis zur Unkenntlichkeit verklausuliert oder werden Geldflüsse verheimlicht, erlahmt das Engagement in der Regel ultimativ.

Ob diese HOST-Formel als universelles Grundmodell erfolgreicher ziviler Aktivierung zureicht, ist noch nicht untersucht worden. Zivilgesellschaftliche Ideen und Ansätze in Deutschland und Österreich scheinen vor dieser Formel aber von Folgschaft in Interessenorganisationen differenzierbarer zu werden. Dies wären konkrete Maßstäbe für eine Typologie. Welche Kennzeichen haben Engagements? Solche des oben umrissenen zivilgesellschaftlichen Typs, oder haben sie eher den Charakter von Folgschaft, Vergemeinschaftung oder Erwerbstätigkeit? Dies sollte bei der Evaluation von sozialer Nachhaltigkeit für eine große Zahl von Regionalförderungen überprüft werden. Leider liegen solche Analysen nicht vor.

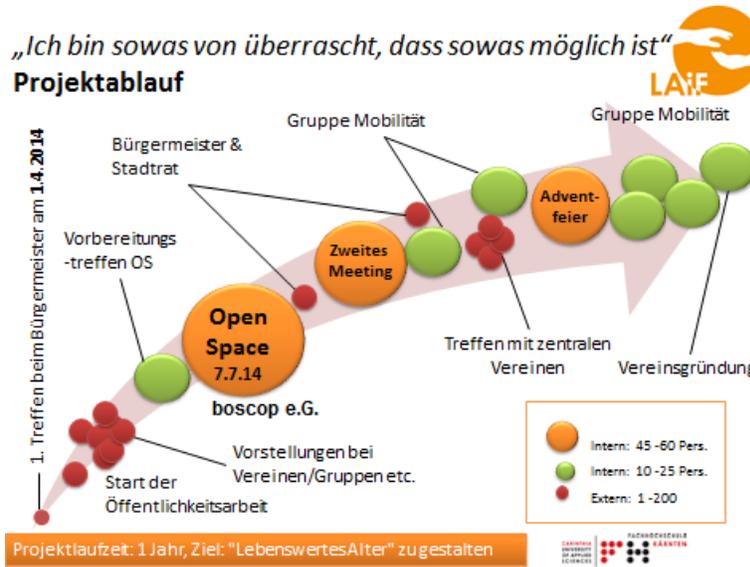
Bleiben wir daher zunächst auf der Ebene der Einzelfälle. Haben zivile Initiativen auch in konservativen Sozialstaaten schon etwas gegen das „Schrumpfen“ bewirken können? Es gibt Beispiele wie das von *Heinz Frey* in Nordrhein-Westfalen initiierte *DORV Zentrum (Dienstleistung und Ortsnahe Rundum Versorgung)*, eine unabhängige Initiative, die aus mit dem Ziel nachhaltige Grundversorgung und Dienstleistungen in einem Dorf oder einem Stadtteil zu halten entstanden ist. Oder das „*Netzwerk Kraftfeld*“ ein

Zusammenschluss dreier sozialer Initiativen (*vitamin R + Dorfservice + FamilJA*) in Oberkärnten, welches ganz herausragende Erfolge der Verbesserung sozialer Grundversorgung feiern konnte, die bottom up entstanden ist. Die Vorarlberger Gemeinde *Langenegg* ist sehr bekannt, weil sie auch verschiedene renommierte Preise gewonnen hat für ihre mustergültige Entwicklung. Das ist ein Ort, der eine negative Bevölkerungsentwicklung bis in die 1970er und 1980er Jahre hatte. Auf einmal wächst dieser Ort. Ohne Industrie-Investor, „Transversale“, Regionalmanagement, neuen Skilift etc. Auch einen Demographie-Check gab es dort vorher meins Wissens nicht. Es wurde aber eine eigene Regionalwährung (die „Talente“) eingeführt. Das ist einer der wenigen Orte, wo eine Lokalwährung überlebt hat. Langenegg hat heute einen Kindergarten, eine Schule, Spielgruppe, Bücherei, Elternberatung, Familienhilfe, Arbeitskreis Ehe und Familie, Babysitterdienst, Mutter-Kind-Frühstück, Schwangerenbetreuung, Pflegeheim, Krankenpflegedienst, Lebenshilfewerkstätte, Verein offene Jugendarbeit, Fahrdienst, Gemeindeleihauto, 33 Vereine usw. usf. Das ist doch ganz beachtlich. Wissen sie wie viel Einwohner Langenegg hat? Es sind auch nur etwas mehr als 1000. Also sage und schreibe um die 350 Haushalte. Das ist ein Witz! Jeder Regionalentwickler würde bei der Größe und Lage sofort eine Zentralisierung der eben erwähnten Leistungen empfehlen. Landentwickler schlagen die Hände über dem Kopf zusammen und sagen: „Wenn das Schule macht, dann wird ja alles noch teurer!“ und: „Gottseidank, Vorarlberg ist ja anders, nirgendwo sonst geht das!“. Aber da muss ich sie enttäuschen. Einen guten Wohnort zu erarbeiten ist überall möglich, nicht nur in Iowa, Oberkärnten, NRW oder Vorarlberg.

Es gibt auch ein kleines Beispiel aus Unterkärnten. Aber die beginnen dort gerade erst, und ich habe ein bisschen Angst, es zu früh zerredet wird. Daher versuche ich auch hier die Akteure nicht „vorzuführen“ und kodiere zumindest den Ortsnamen. Warum erwähne ich es überhaupt noch? Weil das *Projekt LAiF (Lebenswert Altern in „Frohthal“)* explizit mit dem Altern zu tun hat. Es ist im Rahmen des Masterstudiengangs der FH Kärnten, wo Studierende der Sozialen Arbeit innerhalb eines Jahres ein Projekt abwickeln müssen, entstanden. Die Studierenden hatten sich folgende sehr komplizierte Frage selber aufgegeben: *„Könnten sich auf dem Lande Bürgerplattformen entwickeln, mit denen Ältere von ‚Betroffenen der Planung‘ zu zivilgesellschaftlichen Akteuren werden, die nicht auf die Zuweisung von Hilfen warten, sondern selber Soziale Arbeit einfordern und damit ihre Lebenswelt in eigenen Aktionen rück-erobern?“* Diese Bürgerplattformidee ist eine eher urbane, vom grassroots movement beeinflusst und in Reinform eigentlich nur von Leo Penta in Berlin an der Katholischen FH für Soziale Arbeit gelehrt wird. Diese in einem eher ruralen Raum mit traditionellen Werten und ausgebauten sozialstaatlichen Institutionen verankern zu wollen, ist recht mutig. Die Studierenden hatten sich dazu einen Ort ausgesucht, der relativ viele Ältere hat („Überalterung“!), eine wenig altersgerechte Versorgung aufweist und eine für stark jugendzentrierte Sozialförderung bekannt ist. Es gab zwar keine explizite demografische Prognose im Ort, aber die Annahme anhand der Daten von Statistik Austria, dass dieser Ort in Zukunft schrumpfen würde.

Die Studierenden begannen ab April 2014 vor Ort zunächst mit einfacher Öffentlichkeitsarbeit. Bis zum Sommer hatten sie es tatsächlich geschafft, genügend ältere Aktive zusammenzutrommeln, die an der oben erwähnten Frage Interesse hatten. Die einen meinten z.B. *„wir würden gerne einmal ins Theater in die Kreisstadt fahren“*, die anderen *„wir bräuchten einen Besuchsdienst“*, *„wir würden gerne das und jenes machen, wir wissen nicht so richtig, ob wir das dürfen“*. Es wurde dann ein großer *Open Space* organisiert. Die Moderation hierfür war das Einzige, was sich die Studierenden von außen dazugekauft haben. Die professionelle Begleitung dieser Aktivität hat sich übrigens mehr als bezahlt gemacht.

Grafik 8: Projekt LAiF - Lebenswert Altern in Frohthal



Quelle: Brauer, Daisenberger, Gasser-Krause, Lutz, Schmitz-Sommeregger (2015)

Als Resultat des Open Space sind verschiedene Gruppen entstanden, z.B. eine Gruppe zur Mobilität („Fahrservice“), eine Gruppe „alternatives Wohnen“, eine Gruppe „nachbarschaftlicher Besuchsdienst“ für die Pflegebedürftigen usw. Die Gruppen hatten sich wiederum mit den lokalen Vereinen in Verbindung gesetzt und kooperieren auch mit der Gemeindeverwaltung sofern das geht. Die Aktiven haben dann einen Verein gegründet, der auch ein Büro hat das die Gemeinde finanziert und eine Obfrau. Ziel war es, ein soziales Netzwerk im Dorf zu entwickeln, welches weiterhin die gegebenen Aufgaben verfolgen soll, auch wenn die Studierenden nicht mehr vor Ort sind. Als diese ihr einjähriges Projekt abgeschlossen hatten, startete die eigenständige Entwicklung im Verein. Der Rückzug der Studierenden schließt nicht aus, als ExpertInnen weiter gefragt zu bleiben. Jetzt gibt es auch eine Fortbildung für Freiwillige, d.h. es wird alles noch weiter professionalisiert und gefestigt. Zwischendurch wurde auch noch ein in Kärnten ausgeschriebener Preis gewonnen, was den Bürgermeister in seiner Unterstützung für das Projekt natürlich stärkte.

Für die Frage der Aktivierung Älterer auf dem Lande ist bemerkenswert, dass die Studierenden mit einer relativ abstrakten Frage ins Feld gegangen sind. Sie hatten keine der typischen Zielsetzungen wie „pro/contra neuer Bahnhof“, ein „gegen die Schließung des neuen Kindergartens“ oder „pro/contra Pflegeheim, Asylunterkunft, Agenda 21“ usw. Das wäre etwas Materielles, wo man Engagierte schnell anregen kann, etwas zu tun. Trotzdem (deswegen?) haben die Studierenden eine höhere Beteiligung beim Open Space erreicht, als alle anderen Engagements-Aktionen aller Parteien und Initiativen vor Ort zusammengenommen. Das war sehr interessant, und wurde durch die Dialektik von hohem Anspruch und niedrigschwelligem Aufsuchen erreicht – daher auch in unzähligen Gesprächen vor Ort. Oft ist es sonst umgekehrt: Eine klare Problem und keine geht hin. Warum: weil die Angebote/Lösungen schon vorgeprägt sind und eine große Langeweile antizipiert wird. Es entsprach dem Optionalitätsgebot und der Transparenzforderung des HOST-Ansatzes anders anzusprechen: „Wir wollen jetzt nicht vorgeben wofür ihr Euch engagieren sollt, wie z.B. für einen Fahrdienst, eine neues Altenwohnheim oder einen besseren ambulanten Dienst, sondern IHR sollt sagen was Ihr braucht, weil Ihr die einzigen entscheidenden Spezialisten Eures Ortes seid.“ Natürlich hatten die Studierenden auch eigene Ideen und fertige Konzepte in ihrem Koffer. Aber als gute Community Organizer haben sie das als Idee so dezent platziert, bis ein Gemeindeglied dies als eigene Idee aufgreifen konnte. So wurden alle zu entwickelnden sozialen Projekte des Vereins zum Eigentum Aktiven. Ihr Beitrag konnte erst so als Mitgestaltung erfahren werden - statt als Bevormundung. Soziale Nachhaltige Aktivierung braucht diese aufwändige Assimilation von Ideen. Top-

down Aktivierung bleibt strukturell immer aufgesetzt und ist nie nachhaltig im Sinne zivilen Engagements. Alles andere muss nicht schlecht sein. Aber es nützt eher abgeschlossenen *pressure-groups*, meist sogar gegen die Mehrheit, nie einer Community zivilgesellschaftlicher Prägung.

Im Miteinander, d.h. im Zusammenwirken eines entstehenden „Wir-Gefühls“, liegt der eigentliche Wert der Engagementförderung. In Fallbeispiel wird z.B. explizit von einem „Neuen-Wir“ gesprochen. Dies war keine Idee der Studierenden, sondern wurde als Slogan von den lokalen Aktiven eingebracht. *Community empowerment* ist nicht mit Vergemeinschaftung zu verwechseln. Letztere zieht partikuläre Grenzen, die andere („Fremde“) ausschließen. Die hier verfolgte Aktivierung der Community ist jedoch auf Inklusion ausgerichtet. Mitglieder der beiden Seniorenverbände, oft Nachbarn ohne relevanten Kontakt, sind jetzt unter dem Dach von LAiF integriert, zusammen mit den sogenannten „Unpolitischen“. Sie bringen ihre Perspektiven ein und tragen die Ideen der Anderen in ihre Organisationen weiter. Damit ist eine übergreifende schlagkräftige zivile Struktur institutionalisiert. Die Praxis dieser Form sozialer Altenarbeit soll für Inklusion sorgen und ist erst gelungen, wenn bestehende Barrieren minimiert oder abgebaut sind.

Altern der Bevölkerung als Problem zu sehen, kann und muss deswegen nicht vollkommen ausgeschlossen werden. Als Handlungsanreiz oder Kohäsionskraft für die lokalen Akteure ist dieser zu Beginn des Referats kritisierte Diskurs jedoch in Froththal irrelevant geworden. Die aktiven Alten können und wollen die steigende Zahl Älterer nicht per se als Nachteil sehen. Etwas anders ist es, wenn sich aus dieser Gruppe Initiativen gründen, die neue Wohnformen explorieren und als Alternative zum bisherigen Ende des Lebens im Pflegeheim überlegen. Ich möchte einfügen: Hoffentlich kommt kein Regionalentwickler/in darauf, einen Demographie-Check für den Ort zu ordern. Ich denke dies würde der mühsam erarbeiteten intergenerationellen Verantwortung schaden.

Wie lässt sich das nun verallgemeinern? Auf der Basis der Erfahrungen von LAiF ist das noch ein bisschen früh. Man kann sich andere Projekte anschauen, die so ähnlich liefen. Was könnten Basiskennzeichen sein, die gegen „Schrumpfen“ aus soziologischer Perspektive in Feld zu führen wären? Die oben erwähnten *Heterogenität, Optionalität, Statusrelevanz* und *Transparenz* könnten ein Raster bieten. Ein ersetzten eines der vier Mindestkennzeichen zivilen Engagements wird immer etwas ergeben, was weniger nachhaltig, weniger zivil, weniger inkludierend wirkt. Wenn ohne solches Engagement gegen das „Schrumpfen“ in Landgemeinden gewirkt werden soll, müsste das immer mit viel Geld (öffentlichen Mitteln oder „Investoren“) und auf machtpolitischem Wege geschehen, mit dem Resultat dauerhafte Abhängigkeiten zu festigen und Eigenständigkeit der Zivilgesellschaft zu schwächen. Der Anteil Älterer auf dem Lande wird wahrscheinlich weiter steigen. Und das ist gut so! Um eine Aktivierung dieser neuen Ressource zu erreichen sind die bisherigen Mittel der Politik aber unbrauchbar geworden. Die hier skizzierten Elemente der Sozialen Arbeit sind auf dem Lande gefordert.

IV Fazit: Was sollte gefördert werden und was sollte die ländliche Soziologie dazu tun?

1. Krude Partizipationsansätze sind schädlicher als keine. Es sollte mit den oben gezeigten Beispielen gezeigt werden, dass falsch verstandene Anreize der Aktivierung auch für die die Raumplanung keine gute Hilfe sein werden. Wenn zivilgesellschaftlich relevanten Akteursgruppen Betätigungsfelder geraubt, zentral verwaltet und Schrumpfen dekretiert wird, steht es für den Bestand ländlicher Gemeinden in der Zukunft wirklich schlecht. Das haben auch diejenigen, die sich länger im urbanen Raum mit dem Thema beschäftigen seit längerem thematisiert: *„Es ist die Logik dieser Konzeption ... , vom Raum aus menschliches Handeln und Interagieren zu erklären und letztlich über eine Anerkennung des Raumes als selbstständiges Ordnungsprinzip Empfehlungen für Planung und Praxis (z.B. Sozialraumorientierung, Entwicklungsprogramme) abzuleiten. Der Mensch wird hier auf eine Funktion reduziert: die des Trägers*

statistisch erfassbarer Merkmale“ (Matthias Drilling 2014: 78). Miriam Fritsche hat sich mehrere dieser Aktivierungsprogramme angesehen und hat sehr Kritisches dazu formuliert: „... Partizipative Vergabeverfahren pauschal als qualitative Verbesserung von Beteiligung auf der Quartiersebene oder gar als Universalmittel zur erfolgreichen Aktivierung ansonsten nur schwer erreichbarer Bevölkerungsschichten anzusehen, greift eindeutig zu kurz. Vielmehr steckt auch hier – wie in allen Beteiligungsverfahren – der berühmte Teufel im Detail, so dass genau untersucht werden muss, wer über was in welcher Form entscheidet“ (Miriam Fritsche 2014: 195).

Auch für die ländliche Sozialforschung müsste erfasst werden, inwiefern „Aktivierung“, „Einbezug“, „Teilnahme“ und „Partizipation“ gestaltet. Wenn einem implizit oder explizit dekretierten Sozialdienst nur Partizipation wie ein Etikett anzuheften ist, widerspricht dies dem Anliegen sozialer Nachhaltigkeit und schadet jenen Potentialen des Zusammenhalts, die die Dörfer eigentlich stark machen sollten.

2. Die ländliche Soziologie sollte und muss sich stärker einmischen und beschreiben können was praktisch geschieht. Natürlich ist auch die Soziale Arbeit gefragt. Wenn bei der Aktivierung Älterer auf dem Lande die üblichen „Animationen“ (wie „Seniorenwandern“) als Aktivierung verkauft werden, spricht dies nicht für hohe Professionalität. Diese Folgsamkeitsübungen mögen den Älteren viel Spaß machen und sind auch als wichtige (nette) Angebote der Körperertüchtigung vollkommen unverdächtig. Aber es fördert eben nicht ziviles Engagement, sondern seine „Schrumpfform“, um im Bild zu bleiben. Mit dem Spaß an der (wichtigen) angeleiteten Bewegung wird von Animatoren das Folgen von Bewegungen gefördert, aber doch keine Eigenständigkeit im lokalen Machtgefüge! Das Gefühl abhängig von einer Vorturnerin zu sein, versinnbildlicht das Rollenkonzept von Defizitträgern. Die gleiche Animation gefordert und gefördert von einer Gruppe älterer Bürger selber, hätte einen ganz anderen Erfolg für diejenigen, die dies als Attraktion der lokalen Verwaltung abringen. Das sind zwei vollkommen unterschiedliche Aktivierungsansätze für Ältere, die leider zu oft in einen Topf geworfen werden. Hier ist soziologische Aufklärung gefragt, die den Professionen im Feld typologische Unterschiede deutlich machen muss.
3. Gemeinden können und sollen natürlich nicht ihre Demografie verändern. Dieses Verlangen wäre schon deswegen absurd, da es nichts Schlimmes ist, wenn der Anteil Älterer in der Gemeinde steigt. Die Gestaltung von Orten kann nie als Reaktion auf eine *Schrumpfungsangst* funktionieren. Die Frage ist, ob die ländliche Soziologie dazu etwas beitragen kann. Ich glaube ja: dringend! Bitte dekonstruieren Sie mit!
4. Die rurale Soziologie hat sich nach der langen Phase der Fokussierung auf das interessante (aber exotisch werdende) Feld der bäuerlichen Lebensläufe und Betriebe von allerlei ökonomischen, geographischen und genderwissenschaftlichen Fragestellungen inspirieren lassen. Das war im multidisziplinären Feld eine wichtige Bereicherung. In der Diskussion um die Dorfwentwicklung sind damit gleichzeitig genuin soziologische Ansätze aber fast restlos verschwunden. Das ist schade. Es liegen mannigfaltige Fragen und Probleme vor uns, die sowohl für die Zukunft keiner Gemeinden als auch die der Landsoziologie entscheidend sein dürften.
5. Der ethnographische Blick innerhalb der ländlichen Soziologie muss stärker entwickelt werden. Auch Community Studies, die in Österreich seit der Mariental-Studie von *Jahoda/Lazarsfeld/Zeisel (1975)* ja eine große Tradition haben, bleiben Entwicklungsfeld mit einem hohen Erklärungspotential. Ohne

konkrete Fallbeispiele aus Gemeinden bleiben ökonomische Doktrinen und individuelle Einstellungen unverbunden und in ihrer Wirkung auf lokale Kontexte unverstanden. Es ist schade dass gerade in Österreich, mit seiner reichen Tradition dies eingeschlafen zu sein scheint. Wir brauchen keine weiteren Engagements-, Alters- und Migrationsstudien auf hohem Aggregationsniveau, sondern lebensnahe Studien aus konkreten Gemeinden.

6. Es sollte auch stärker interpretativ und rekonstruktiv statt „qualitativ“ analysiert werden. Was „Befragte“ manifest sagen, ist wohl interessant und wichtig, verrät aber nichts über sinnstrukturelle Zusammenhänge. Mir lag daran mit dem kurzen Fallbeispiel aus dem Zeitungsinterview zu zeigen was hier möglich ist. Auch die ländliche Soziologie sollte sich auf ein erweitertes Fallverständnis berufen, Aktionen auf Gemeindeebene kasuistisch verstehen und deren latenten Sinn entschlüsseln können, d.h. analysieren inwiefern komplexe Prozesse in Communities zusammenlaufen. Ohne rekonstruktive und interpretative Verfahren ist das schwer möglich. Interviews abzuschreiben und dann eins zu eins aus Transkripten weitgehend unanalysiert zu zitieren ist trivial, und geht von dem Irrglauben aus, es ließe sich in der manifesten Gestalt eines Belegzitats schon die „Wahrheit“ oder die zu erklärende Struktur ohne Weiteres ablesen.

Natürlich gibt es nichts gegen eine gute Demografie oder nüchterne Dorfstatistik einzuwenden, die Dinge auf den Punkt bringen. Zumal es ja auch um Mittelflüsse geht und wo noch viel mehr Transparenz über die Gemeindefinanzen zu schaffen wäre. Denn ob es tatsächlich so ist, dass mit steigendem Anteil Ältere die Gemeinden weniger Geld hätten darf auch bezweifelt werden. Aber das sind wieder (sehr interessante) ökonomische und sozialpolitische Fragen, keine genuin wissenssoziologischen.

7. Es sollte mehr um die Strukturprinzipien und Typen ruraler Netzwerke, deren *Qualität*, den *Habitus der Akteure* gehen. Wenn dies nicht gut beschrieben werden kann, bleiben soziale Entwicklungen in Landgemeinden immer nur als Anhängsel ökonomischer *invisible hands* oder biologischer Genetik zu verstehen. Welche Deutungsmuster und sozialen Strukturprinzipien unterscheiden aber Netzwerke wie LAiF von solchen wie z.B. Pegida? Wir können als Soziologen/innen nicht sprachlos diesen Unterschieden gegenüberstehen. Es sollte zur Aufgabe werden, *Inklusionstypen* unterscheiden zu können. Der Sozialen Arbeit und Regionalentwicklung im Besonderen auf der einen und der politischen Öffentlichkeit auf der anderen Seite sollten strukturelle Zusammenhänge verdeutlicht werden können, die eine sozial nachhaltige Stärkung der Landgemeinden erst ermöglicht.
8. *Inklusion* wird zum aktuellen Schlüsselwort, dem Paradigma des 21. Jahrhunderts. Das lässt sich ja auf das Feld der Älteren anwenden. Bleiben die Dorfgemeinden exkludiert, in ihren Senioren-/innen- und Pensionisten/innen-Gruppen und schließlich den Heimen wie in einem Käfig von der „normalen“ Gemeindepolitik abgeschottet, oder werden sie zu geachteten Gemeindegliedern, von denen etwas zu erwarten ist? Daher ist auch die aktuelle Frage des Asyldiskurses keine zufällige, sondern eine prinzipielle.

Ich hatte oben schon erwähnt, dass wir nicht mehr von „schrumpfenden Dörfern“ sprechen können, sondern nur noch von *integrationsbehinderten* Gemeinden. Menschen sind immer mehr da, das ist ja nie ein demographisches Problem gewesen. Die Frage lautet, wie gelingt es zu inkludieren, wo momentan wenig Anreiz besteht sich anzusiedeln? Wahrscheinlich geht das nicht so schnell und einfach wie es von sozialromantisch veranlagten Multi-Kulti-Ansätzen angenommen wird. Insbesondere in xenophoben Strukturen wird es fast unmöglich sein zu inkludieren. Das ist eine große Aufgabe, bei der auch die ländliche Soziologie nicht passen darf. Unter den Freiwilligen, die sich in der Flüchtlingshilfe in Kärnten engagieren, sind die „fitten Alten“ übrigens die Hauptgruppe, hat mir jüngst eine lokale Koordinatorin

bestätigt. Ohne das Engagement der vielen Älteren wird die gesamte Integrationsarbeit schlicht zusammenbrechen.

Die Zukunft der Dörfer wird sich daher daran scheiden, wie gut die Inklusion von Älteren und von Refugees in die Gemeindeaktivitäten glückt. Die Orte die es schaffen gut zu inkludieren, werden in den Rankings der Zukunft vorne sein und wachsen. Die es nicht schaffen, werden auf lange Sicht unattraktiv werden und auch aufgegeben werden müssen. Mit Biologie, Geographie und Demographie hat das nichts, mit Ökonomie ein wenig und mit Soziologie sehr viel zu tun. Packen wir es an!

Ich danke für Ihre Geduld und Aufmerksamkeit.

Diskussion

Rossier: Bei Ihren vier Schlüsselqualifikationen kommt mir spontan unser Dorfprojekt in den Sinn. Ich stamme aus *Glattfelden*, einem Dorf mit 5.000 Einwohnern, welches in der Schweiz in der Nähe zur Grenze mit Deutschland liegt. Dieses Dorfprojekt wurde von unten selbstständig von Leuten gegründet. Die machen Inklusion auch mit MigrantInnen. Sie bringen die jüngeren und älteren Generationen zusammen und haben selbstständig verschiedene Aktivitäten ins Leben gerufen. Sie kochen und essen gemeinsam auch nach unterschiedlichen Nationen, die sich ihre Küche vorstellen. Sie organisieren auch Spielabende und Spielnachmittage für Jung und Alt. Da ist auch eine ältere Lehrerin involviert. Also da sind ganz bunt gemischte Leute. Das Dorfprojekt ist öffentlich. Von der Gemeinde bekommen sie jetzt das *Gottfried-Keller-Zentrum* zur Verfügung gestellt, da das Dorf-Café einging. Es gibt viele Möglichkeiten für Initiativen von unten. Man sollte da ein Forschungsprojekt in der Schweiz anregen.

Brauer: Ich denke, hier sollten wir uns besser vernetzen. Umso besser die Entwicklungsprojekte, um so schlechter scheinen sie publiziert zu sein. Wenn die Akteure vor Ort so viel zu tun haben, dass sie es nicht schaffen das ausführlich zu Papier zu bringen ist das ja auch folgerichtig. Sie stecken im Feld, sind dort aktiv, soweit auch ausgefüllt und erfolgreich und haben sonst auch weder Zeit noch Bedarf für mehr Schreibarbeit. Die weniger im Feld stecken scheinen evtl. auch mehr Zeit zu haben zum Publizieren von Erfolgsberichten und diversen demographischen Nachrichten aus ihren warmen Büros heraus. Die guten Projekte müssen entdecken und einfühlsam beschrieben werden. Die hier propagierten zivilen Aktivitäten wie Ihre Projekte bekommen einfach zu wenig Aufmerksamkeit. Gut das Dr. Wiesinger dieses Podium bietet und sich so Netzwerke aus der ländlichen Soziologie gründen können. Stellen Sie das unbedingt in der neuen Sektion ländliche Soziologie der ÖGS vor!

K. Gruber: Ich möchte daran kurz anknüpfen. Wir hatten ein kleines grenzüberschreitendes Projekt im Bereich Schneebergland im südlichen Niederösterreich im letzten Jahr laufen. Unter anderem haben wir als Abschlusspublikation in Kooperation mit dem dortigen Regionalverband auch eine Sammlung von guten Beispielen herausgebracht. Die Publikation ist im Internet frei verfügbar (*Gruber & Gruber 2015, Gruber et al. 2014*). Welchen regionalen Fokus haben Sie bei Ihrer Forschung? Sie haben einiges aus Deutschland, USA und in Österreich über Kärnten referiert. Bleibt es dabei oder denken Sie daran, den Fokus auszuweiten?

Brauer: Evtl. hat die Karte zivilen Engagements im Alpenraum kaum noch weiße Flecken? Zu Ihrer Frage: Den Fokus bei meiner Dissertation konnte ich auch nur bis zu einem gewissen Grad auswählen, danach nie mehr. Der Vergleich zwischen Mecklenburg und Iowa war einfach zu groß, deswegen habe ich das dann falllogisch interpretiert. Für die Regionen Iowa, Mecklenburg und Kärnten kann ich als Region eigentlich gar nichts sagen, denn dazu kenne ich die Regionen als Ganzes viel zu schlecht, kann nur was zu den Einzelfällen sagen. Eine Zielregion für das neue Zentrum für Altersforschung in Kärnten, das aufgebaut werden soll, suchen wir an der FH gerade noch aus.

Untersberger: Sofern ich Ihren interessanten Ausführungen richtig verfolgen konnte, habe ich den Eindruck bekommen, dass die von Ihnen geschilderten Überlegungen doch einen erheblichen Aufwand bedeuten. Ich neige dazu anzunehmen, dass dies auch in einer Überforderung der lokalen Akteure münden könnte. Denn ohne diese Akteure gibt es keine Erfolgsgarantie für diese Projekte. *Gerlind Weber* hatte vor kurzem in den österreichischen Medien einen interessanten Beitrag zu eben dieser Fragestellung abgeliefert, wo sie meint, dass dieser Prozess auch in einer Art Quälerei ausarten könnte. Dies sollte man nicht in der Weise verlängern, weil dann die Überforderung zu anderen Problemen führe. Sie würde die Zukunft zumindest für Österreich darin sehen, dass man dort Nachhilfe gibt, wo diese Restrukturierungsprozesse stattfinden. Auf Nachfrage hat sie gemeint, dass man das mit einer „Sterbehilfe“ vergleichen könnte. Ich habe daraufhin versucht sie zu erreichen, um mir erklären zu lassen, wie das dezidiert in der Praxis aussieht. Können Sie sich so etwas vorstellen und wie würde das aus Ihrer Sicht aussehen?

Brauer: Ich kann nicht einschätzen, was „Sterbehilfe“ in dieser Beziehung bedeuten soll. Wenn wir Bewohner/innen von Regionen oder Dörfern meinen, die dort nicht mehr leben zu wollen oder zu können, dann muss es eine Hilfe geben woanders zu siedeln, klar. Aber wie soll das gehen für die, die das nicht so sehen, die dableiben wollen und erleiden müssen ihre Versorgung, letzte Infrastruktur zu verlieren? Das wäre eine wichtige Frage. Ist mit Sterbehilfe etwa in letzter Konsequenz Zwangsumsiedlung gemeint? Ich habe die Lösung dazu nicht. Das Problem besteht eher darin, dass aus der Angst vor Überalterung in der Zukunft jetzt schon die falschen Weichen gestellt werden und Landflucht durch diese Rankings und Kartographien extrem angefeuert wird. Wo sind Menschen durch Engagement überfordert, ganz genau? Sicher, wenn ich Altern als Naturkatastrophe darstelle wird es sicher sehr schwer sich dagegen stellen zu können, schließlich unmöglich. Engagement wie bei LAiF erscheint dann nicht als erstaunliche Leistung, sondern vergeblich und überflüssig, ja.

Pfadenhauer: Ich danke erst einmal sehr herzlich für den Einblick in dieses hoffnungsvolle Projekt und ich würde meinem Vorredner zustimmen, dass es natürlich nicht immer so laufen kann. Aber es sind schöne Ansätze da. Aber wofür ich mich vor allem bedanken will, ist dieser aufklärende Blick über den demografischen Wandel, einfach wieder einmal die Frage zu stellen, inwieweit das Totschlagargumente sind, die verwendet werden. Demografische Wandel im Verein mit der Kategorisierung des Alters ist im Grunde eine Schließung aller möglichen Diskussionen. Für die Politik ist das eine Rechtfertigung dafür nichts oder ganz bestimmte Dinge zu tun. Ich habe in Bamberg Bevölkerungswissenschaft studiert und entsinne mich, dass in dieser Disziplin vor 25 Jahren die Lehrenden dort noch genauso borniert waren. Die glaubten prognostizieren zu können, wie viele Kinder die Leute haben und wie alt sie werden. Es kann passieren was wie, es ändert sich nichts an dieser Auffassung, dass dies ein so natürlicher und langwieriger Prozess wäre, dass wir im Grunde die nächsten hundert Jahre voraussehen können und damit auch die Daten habe, auf die sich all die anderen berufen können. Die Wissenschaft selber ist schon ein Problem und die Verwendung solcher Ergebnisse in politischen und medialen Diskursen, aber auch. Das begegnet mir in meinem Forschungsfeld zur Technik in der Pflege, Robotik z.B. auch: Es sind Argumente, die ständig verwendet werden, um bestimmte Entwicklungen zu fördern und wenn die Dinge entwickelt sind, auch an den Mann bzw. die Frau zu bringen. Es wird immer in Stereotypen gearbeitet, die nicht aufzulösen sind. Es sind so machtvolle Konstrukte. Du bringst das Argument demografischer Wandel und es muss nicht mehr weiter diskutiert werden.

Brauer: Ich habe den gleichen Eindruck. Langsam kommen aber immer mehr Wissenschaftler/innen, Journalisten/innen und sogar Politiker/innen dahinter. Es gibt nun bereits einige sehr kritische Beiträge, aus denen ich viel gelernt habe und hier erwähnt hatte. Ich hatte mich auch mit „Ageism“ beschäftigt. In den 1970er Jahren hatte man *Ageism* in den U.S.A. erfolgreich bekämpft, auch gesetzlich unterstützt und mit entsprechenden Institutionen wie der E.E.O.C. Hier hat diese Auseinandersetzung in der Schärfe und politischen Härte nie stattgefunden. Daher bleiben dann teilweise naturwissenschaftliche Übertreibungen

deutungsmächtig. Aber seit einiger Zeit schreiben auch die seriösen Demographen wie Wolfgang Lutz, dass die *TFR* (*Total Fertility Rate*) kein so gutes Maß ist, wie angenommen. Über Jahre galt das als Sakrileg der Vorausberechnung. Sogar unverdächtige Autoren wie Stephan Hradil verbreiteten in ihren Vorlesungen und Handbüchern: „In den letzten Jahren ist in Mitteleuropa die TFR auf 1,4 gefallen und das wird sich in nächster Zeit auch nicht ändern.“. Das war zu der Zeit als sich in Frankreich schon die Kinderzahl in der gebildeten Mittelschicht auf wundersame Weise erhöhte. Aber das wollen die Demographisierer nicht sehen, da gibt es immer nur schlechte und bedrohliche Meldungen. Mit der Demographie und dem Demographismus ist es wie mit der Soziologie und dem Sozialismus. Das eine ist Wissenschaft und sollte ehrfürchtig und präzise erfolgen, das andere ist Ideologie mit Heilsversprechen, wo das mit der Empirie dann nie so richtig hinhaut.

Machold: Ich möchte mich auf dieses Schlüsselwort der „*Inklusion*“ kaprizieren. Sie haben viel über die Älteren gesprochen und im letzten Satz gemeint, dass die MigrantInnen auch noch dazukommen. Haben Sie sich schon überlegt, weil wenn man jetzt in der Regionalentwicklung über die Schrumpfung im Ländlichen Raum und die Strategien dagegen diskutiert, wird jetzt meist die Rückholung der qualifizierten Jugendlichen angeführt. Es beißt sich die Katze da ein bisschen in den Schwanz, denn in einigen Bezirken Österreichs ist gerade die Außenmigration sehr positiv. Haben Sie dazu schon Ideen entwickelt, wie man dieses Thema ein bisschen schärfer in die Regionalentwicklung hineinbringen könnte?

Brauer: Noch nicht wirklich fundiert. Ich weiß auch nicht ob Sie richtig verstanden habe. Aber offensichtlich ist ja, dass sich die ganze Diskussion um die sinkenden oder zu geringen Bevölkerungszahlen in Österreich und Deutschland mit der letzten Migrationswelle erübrigt hat. „Schrumpfende Gemeinden“ dürfte es garnichtmehr geben, sondern wie gesagt nur noch Gemeinden mit „zu geringer Integrationsfähigkeit“. Da müsste man mal schauen, was bei denen falsch läuft. Es wird ja auch immer viel über den Verteilungsschlüssel pro Kopf diskutiert, d.h. wieviel die Gemeinden nach Gemeindegrößenklassen am Finanzausgleich beteiligt werden. Angedacht werden könnte z.B. die Einführung eines *Inklusionsfaktors*. Wenn mehr Menschen inkludiert werden, d.h. Personen nach dem Asylverfahren dort auch wohnen bleiben, wo sie vorläufig untergebracht wurden, könnte die Gemeinde z.B. einen zusätzlichen Faktor, z.B. 1,2 für alle erhalten. Andere, die eher keine Migranten binden können, bekämen den Faktor 0,8 usw. Das wäre ein starkes Argument im sozialen Bereich zu investieren, um zu unterstützen, dass Menschen, die aus welchen Gründen auch immer dort gestrandet sind, eben nicht nur wie Strandgut zu behandeln, sondern auch menschenwürdig zu beteiligen. Das kostet etwas und das könnte man über ein anders Verständnis des demografischen Wandels in das Bewusstsein tragen. „*Wenn ihr als Gemeinde etwas haben wollt vom Finanzausgleich, dann müsst ihr auch in dieser Beziehung gut sein.*“ Aber ich gebe zu, dass diese Idee noch sehr unausgegoren ist und sicher mehr abgewogen müsste. Aber evtl. wäre es ein Denkanstoß.

Kolland: Ich habe während des Vortrags nachgedacht, was Ihr Ansatz für die Ländliche Sozialforschung und Agrarsoziologie bedeutet. Ich würde diesen Vortrag unter folgendem Titel zusammenfassen: „*Pro Regionen aber für eine subversive Agrarsoziologie.*“ Sie haben hier eigentlich eine subversive Agrarsoziologie angekündigt und zwar deshalb, weil sie nirgends publizierbar ist. Das ist so diese Problematik. Ich sitze also als Begutachter in vielen diesen Gremien und bekomme die Aufsätze als Herausgeber hochgeranker Journals und habe dann das Problem, dass ich sie nicht unterkriege. Also, alles was Sie da schreiben, werden wir nie publizieren können. Das wird nicht akzeptiert. Die Frage ist, was wir tun sollen. Was ist die Rolle der Wissenschaft, was tun wir als Wissenschaftler, wie wehren wir uns auch dagegen? Ich unterstütze diesen Zugang, finde es auch gut. Aber was tun wir, dass wir nicht irgendwo unter dieser Beobachtungsfläche hängenbleiben, also keine Aufmerksamkeit kriegen. Wir kommen in „*World of Sociology*“ nicht unter damit. Es ist unmöglich, das dort zu publizieren. Was heißt das? Bleibt es dann so:

„wir haben ein schönes Projekt, wir sind sehr zufrieden, wir sind zivilgesellschaftliche Wissenschaftler“, was ich eigentlich sehr schön finde. Aber was tun wir aber für die Weiterentwicklung unseres Fachs?

Brauer: Solche Veranstaltungen wie hier sollten genutzt werden, um bestimmte Dinge in dieser Form zu publizieren. Das hier ist ja auch eine wichtige Öffentlichkeit in der Soziologie praktisch gemacht wird. Hier können Dinge entwickelt und auch weiterdiskutieren werden, die in den großen Journals tatsächlich nie passen. Die viele Polemik, die ich hier mal mit eingebacht habe, müsste natürlich für jede verschriftete Fachdiskussion zurückgeschraubt werden. Aber subversiv soll Soziologie ja bleiben und immer sein. Und darf es ja auch in Journals. Aber es muss fachlich passen. Wenn ich jetzt etwas über Aktivierung als Empowerment schreiben möchte, dann würde ich das in den Sozialarbeitsmedien machen. Interpretationen und Analysen finden andere Wege, könnten auch in bekannten Journals unterzubringen sein. Die Frage lautet, was die Zielrichtung ist. Wenn man politisch aufregen möchte, dann nicht in den großen soziologischen Journals, da muss man sich ein anderes Medium suchen. Ich habe heute dieses Forum hier dafür genutzt auch gegen Dinge zu polemisieren, um zu verdeutlichen, zuzuspitzen. Ich hoffe Dr. Wiesinger bekommt nun keinen Ärger wegen mir. Eine „subversive Soziologie“ kann erst wieder existieren, wenn auch etwas schärfer zugespitzt wird. Dazu deinen auch solche guten Foren wie dieses hier. Auf Dauer werden subversive Gedanken aber auch wieder in die großen Journals einsickern. Das ist ja auch eine Frage wissenschaftlicher Trends – ich sehe mit dem Konvivialistischen Manifest von 2014 und dem neuen Präsident der ISA Makus S. Schulz diesen Trendwechsel schon eingeläutet. Auch die kritische Demografie kommt ja schon in die entsprechenden volkswirtschaftlichen Journals. Unter den Historikern ist das eh „ein alter Hut“. Was ich hier gezeigt hatte, habe ich im Kern von Josef Ehmer gelernt, der das auch prominent veröffentlicht hat. Die Bilder die ich hier zeigte von Burgdörfer sind auch schon breit publiziert. Einiges habe ich aus der „Aus Politik und Zeitgeschichte“ die bekommt in Deutschland jede/r Parlamentarier/in ungefragt. Unterdrücken lassen sich Fakten, die uns jetzt noch subversiv erscheinen, also schon jetzt nicht mehr und werden sukzessive zur Lehrmeinung auch in den Top-Journals. Die Etablierung alternativer Landförderung für Ältere wird dem hingegen ein längerer Prozess werden, sozusagen „ein langer Marsch aus den (überkommenen) Institutionen“. Aber auch der kommt irgendwann in die relevanten Journals.

Holler: Ich bin seit fast zwanzig Jahren in der Gemeindeentwicklung in der Steiermark tätig. Ich spreche mehr von den Wald- und Wiesenregionen als aus der Wissenschaft. Der Rahmen unserer Arbeit, die *Lokale Agenda 21* ist Ihnen möglicherweise untergekommen, wo es um eine nachhaltige Entwicklung von Gemeinden mit einer starken Bürgerbeteiligung geht. Ich denke, dass das für viele Gemeinden eine Chance ist, den Bürgern auch wieder ein gewisses Eigenengagement angedeihen zu lassen, ihnen auch Räume zu geben, wo sie wirklich auch über ihre Zukunft und die Zukunft der Dörfer nachdenken können. Wie Sie gesagt haben, dass diese zu wenig Zeit hätten, ihre Projekte zu publizieren, kann ich nur unterstreichen. In der Steiermark sind viele sehr, sehr gute Beteiligungsprojekte und Gemeindeentwicklungen passiert. Wir stellen uns gerne als Forschungsraum in der Südsteiermark zur Verfügung. Ich glaube, dass es unglaublich wichtig ist, dass die Gemeinden jemanden bekommen, der sie wirklich auch begleitet, um diese großen, komplexen Themen, die sie fast ohnmächtig machen, ob es nun um das Schrumpfen von Dörfern, Demografie oder um Leerstand geht. Es geht um unglaublich viele Themen, es geht um Integration und Inklusion. Die Gemeinden und auch die politischen Ebenen sind dermaßen mit diesen sehr, sehr komplexen Themen überfordert. Ich glaube, dass es Begleitungen braucht. Die Wissenschaft übersetzt quasi in ihre Sprache, weil vorher die Frage gekommen ist: „wie tun wir, wie kann man das möglicherweise auch publizieren.“ Ich glaube, dass wir immer mehr Übersetzer und Begleiter brauchen, die die Gemeinden genau dorthin führen und ihnen genau diese Informationen geben, die Sie uns heute geben und auch in ihre Sprache übersetzen. Das versuchen wir seit vielen Jahren und das ist auch ein Erfolgsrezept. Wir überfordern die Menschen nicht, sondern es ist absolut etwas Freiwilliges. Die Menschen kommen und sie können gehen, sie können sich beteiligen, wo sie wollen, wo sie auch selber die Energie finden und auch die Energie haben. Es sind unglaublich viele gute Projekte daraus

entstanden. Ich glaube auch, dass man damit Gemeinden langfristig eine Chance zeigt, wieder aus der Ohnmacht herauszukommen, selber aktiv zu werden und sich diesen Herausforderungen zu stellen.

Brauer: Dem stimme ich voll zu!

Im Anschluss an die beiden Referate präsentierte *Christian Schaller*, Redakteur der von der Sozialwissenschaftliche Studiengesellschaft herausgegebenen *SWS Rundschau*, die Schwerpunktnummer „*Der ländliche Raum als Wohn- und Lebensort*“ Heft 3/2015. Ziel dieser Ausgabe ist, aktuelle Entwicklungen und Probleme des Lebens am Land zu erörtern, sowie offene Fragen und Herausforderungen zu identifizieren. Der Artikel von *Marcus Heinz* „*Neues Leben in alten Dörfern?*“ untersucht dabei auf Basis einer qualitativen Erhebung in deutschen Regionen unterschiedliche Aneignungsformen des Ländlichen von auf das Land ziehende Personen. Dabei wird deutlich, dass diese AkteurInnen verschiedene Phasen durchlaufen, von der Orientierung und Vorbereitung auf das Leben am Land über das Bauen und Renovieren bis hin zum neu lokalisierten Leben am Land. Die dabei zum Ausdruck kommenden divergierenden individuellen Raumkonstruktionen deuten auf die Pluralität ländlicher Lebensräume hin. Das Autorenteam *Waldemar Vogelgesang*, *Johannes Kopp*, *Rüdiger Jacob* und *Alois Hahn* befasst sich mit dem Fallbeispiel eines sich urbanisierenden deutschen Dorfes. Alteingesessene und Zugezogene weisen eine unterschiedlich intensive Ortsbindung auf – bei letzteren dominiert eine pragmatische Beziehung im Gegensatz zu einer tiefen heimatlichen Identifikation. Dies hat Folgen für dörfliche Formen der Gemeinschaftsbildung. Im Gegensatz zur früher geschlossenen Dorfgemeinschaft existieren nun interessensbezogene, auf Basis individueller Selektionen zustande kommende parzellierte Gemeinschaftsformen im dörflichen Vereinsleben und in Interessensgruppen. „*Aktives Altern in der Region Schneebergland*“ ist Thema des Beitrages von *Kathrin* und *Elisabeth Gruber*. Der Artikel analysiert Herausforderungen des demografischen Wandels (Zunahme des Anteils von über 65-Jährigen) in dieser niederösterreichischen Region und erörtert auf Basis qualitativer Interviews mit ansässigen älteren Personen und Bürgermeister, welche Möglichkeiten im ländlichen Raum bestehen, mit Altern produktiv umzugehen und Ältere in das gemeinschaftliche Leben am Land zu integrieren. *Mathilde Schmitt*, *Gertraud Seiser* und *Theresia Oedl-Wieser* erörtern in ihrem Essay „*Das Ländliche und die Land_Frauen*“ wie in gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Diskursen der ländliche Raum und seine Bewohnerinnen mit Prozessen der Dichotomisierung, Homogenisierung und Ideologisierung konstruiert werden. Die Autorinnen plädieren dafür, diese Prozesse und die daraus resultierenden Subjekt-Zuschreibungen zu dekonstruieren und zu rekonstruieren. Ländliche Sozialforschung und rurale Geschlechterforschung sollen damit ihrer Ansicht nach zu einem selbstkritischen Diskurs über das Ländliche und die Frauen am Land beitragen. *Daniel Bell* und *Elke Sumper* befassen sich mit der Haltestelle als Ausgangspunkt für gleichberechtigte Mobilität im ländlichen Raum. Die AutorInnen diskutieren zunächst in allgemeinerer Form Mobilitätsbedürfnisse im ländlichen Raum, bevor sie auf die Bedeutung von Haltestellen des *Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV)* zu sprechen kommen. Auf Basis einer qualitativen Erhebung und teilnehmender Beobachtung im Raum Salzburg arbeiten sie spezifische Mobilitäts- wie Nutzungsbedürfnisse heraus und schlagen Maßnahmen vor, wie ÖPNV-Systeme und deren Haltestellen den Bedürfnissen der ländlichen Bevölkerung besser gerecht werden könnten. Die SWS-Bildstatistiken dokumentieren ausgewählte Ergebnisse einer quantitativen Erhebung zur Schließung von Kleinschulen in Österreich im Zeitraum von 2001 bis 2014.

Das Sonderheft der SWS Rundschau ist über www.sws-rundschau.at erhältlich.

Die **nächste Sitzung** der **Arbeitsgemeinschaft ländliche Sozialforschung** findet am **Freitag, 18.3.2016 10.00 Uhr s.t.** an der Bundesanstalt für Bergbauernfragen statt, 1030 Wien, Marxergasse 2/Mezzanin. Folgende Beiträge stehen auf dem Programm:

M. Fischer (ÖAR Regionalberatung GmbH): Wie weit nach unten reicht „bottom up“? Beobachtungen zur

Beteiligung an LEADER in Österreich anhand eines Mixed-Methods-Ansatzes.

Mag. Michael Fischer studierte Soziologie an der Universität Wien und absolviert derzeit sein Doktoratsstudium am Institut für Geografie und Regionalforschung der Universität Wien. Er ist seit 2009 Berater der ÖAR Regionalberatung GmbH und beschäftigt er sich unter anderem mit regionalisierten Ansätzen ländlicher Entwicklung sowie Monitoring und Evaluierung von EU-Programmen und Entwicklungsstrategien. Seine Ausführungen stützen sich unter anderem auf die Evaluierungsstudie *Ausmaß und Wirkung von Beteiligung in Lokalen Aktionsgruppen (2014)*, die er in einem Team im Auftrag des BMLFUW erstellte.

S. Haring und *A. Eder* (Institut für Soziologie Karl-Franzens-Universität Graz): *Familienleben und Generationenbeziehungen am Bauernhof. Wodurch unterscheiden sie sich Bauern/Bäuerinnen in ihren Norm-, Wert- und Rollenvorstellungen von anderen Bevölkerungsgruppen in Österreich?*

Prof.^a Mag^a Dr^a S. Haring ist Assoziierte Professorin am Institut für Soziologie der Karl-Franzens-Universität Graz. Ihre Forschungsschwerpunkte sind: Historische und Politische Soziologie, Emotionssoziologie, Soziologische Theorie sowie Geschichte der Soziologie. Gemeinsam mit Franz Höllinger hat sie das Projekt „*Perspektiven für bäuerliche Familien in Österreich*“ konzipiert.

M.A. Anja Eder ist Universitätsassistentin und Promovierende am Institut für Soziologie der Karl-Franzens-Universität Graz. Sie arbeitet im Bereich der sozialen Ungleichheitsforschung aus einer international vergleichenden und historischen Perspektive sowie im Bereich der angewandten Soziologie. In ihrer Dissertation erforscht sie die Einstellungen zu sozialer Ungleichheit im internationalen Vergleich. Seit 2013 wirkt sie auch am Projekt „*Perspektiven für bäuerliche Familien in Österreich*“ mit.

Literaturhinweise

- Adloff, Frank; Leggewie, Claus (Hrsg., 2014): *Das konvivialistische Manifest. Für eine neue Kunst des Zusammenlebens*, Hamburg.
- Barlösius, Eva; Schick, Daniela (2007): *Demografisierung des Gesellschaftlichen. Analysen und Debatten zur demografischen Zukunft Deutschlands*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Beetz, Stephan (2007): *Demografisierung ökonomischer, kultureller und sozialer Probleme am Beispiel des ländlichen Raumes*. In: Barlösius, Eva und Daniela Schiek (Hrsg.): *Demografisierung des Gesellschaftlichen. Analysen und Debatten zur demografischen Zukunft Deutschlands*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 221-246
- Beetz, Stephan (2013): „*Landflucht*“-Diskurs und territorialer Wettbewerb. In: *Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie* 60 (2013) 1, S. 48-61.
- Bosbach, Gerd (2007): *Demografische Entwicklung: Realität und mediale Dramatisierung*. In: Kai Biehl & Norbert Templ: *Europa altert – na und? Arbeiterkammer Wien*, S. 28–32
- Bosbach, Gerd (2009): *Bevölkerungsentwicklung*. In: Gabriele Gillen & Walter van Rossum (Hrsg.): *Schwarzbuch Deutschland. Das Handbuch der vermissten Informationen*, Reinbek.
- Bourdieu, Pierre (1987): *Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft*, Suhrkamp, Frankfurt am Main.
- Brauer, Kai (2015): *Bowling mit Wölfen. Rurale Gemeinden zwischen demographischem Untergang und (sozial-) Kapitaler Zukunft*. In: Fachinger, Uwe; Künemund, Harald (Hrsg.): *Gerontologie und ländlicher Raum: Lebensbedingungen, Veränderungsprozesse und Gestaltungsmöglichkeiten*. Springer VS. S. 45-75.
- Brauer, Kai (2010): *Social Capital, Definition of*. In: *International Encyclopedia of Civil Society*, edited by Helmut K. Anheier; Stefan Toepler, New York, pp 1388-1396.
- Brauer, Kai; Kocka, Jürgen (2010): *Civil Society and the Elderly*. In: *International Encyclopedia of Civil Society*, edited by Helmut K. Anheier; Stefan Toepler, New York, pp 327-332.

- Burgdörfer, Friedrich (1938): Volk ohne Jugend. Geburtenschwund und Überalterung des deutschen Volkskörpers, Kurt Vowinckel, Berlin-Heidelberg.
- Burgdörfer, Friedrich (1942): Geburtenschwund. Die Kulturkrankheit Europas und ihre Überwindung in Deutschland, Kurt Vowinckel, Berlin-Heidelberg.
- Bryant, Thomas (2010): Friedrich Burgdörfer (1890-1967). Eine diskursbiographische Studie zur Geschichte der deutschen Demographie im 20. Jahrhundert, Stuttgart.
- Bryant, Thomas (2012): Rassistische Implikationen des aktuellen Demographie-Diskurses. Eine Bestandsaufnahme aus geschichtlicher Perspektive, in: Jäger, Margarete/Kauffmann, Heiko (Hrsg.): Skandal und doch normal. Impulse für eine antirassistische Praxis, Münster.
- Bryant, Thomas (2011): Alterungsangst und Todesgefahr. Der deutsche Demografie-Diskurs (1911-2011), In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, Nr. 10/11 (Demografischer Wandel), Bonn 2011, S. 40-46
- Butterwegge, Christoph et al. (2002): Themen der Rechten – Themen der Mitte. Zuwanderung, demografischer Wandel und Nationalbewusstsein, Opladen.
- Dessein, Joost; Bock, Bettina et al. (2010): The Economics of „Green Care“ in Agriculture. COST Action 886, „Green Care“ in Agriculture, Loughborough University, Loughborough.
- Drilling, Matthias (2014): Die Metapher vom Raum als soziale Landschaft: Perspektiven zur Überwindung der Dichotomie von Quartierkonzeptionen. In: Schnur, Olaf (Hrsg.): Quartiersforschung. Zwischen Theorie und Praxis. 2. Aufl. Wiesbaden: Springer VS. S. 77-90
- Freigang, Dirk; Kempkes, Gerhard (2008): Einfache Modellrechnungen zu den zukünftigen Auswirkungen des demographischen Wandels auf die öffentlichen Kommunalhaushalte in Deutschland. In: Sackmann, Reinhold; Jonda, Bernadette; Reinhold, Maria (Hrsg.) : Demographie als Herausforderung für den öffentlichen Sektor. VS Wiesbaden, 241-256.
- Fritsche, Miriam; Güntner, Simon (2012): Partizipation ohne Teilhabe? Fallstricke der Beteiligungsarbeit in der Umsetzung von Förderprogrammen zur Quartiersentwicklung. Standpunkt: sozial 1+2: 58-67.
- Fritsche, Miriam (2014): Wohl und Weh von Quartiersbudgets: Einblicke in die lokale Umsetzung eines Verfahrens zur partizipativen Fördermittelvergabe. In: Olaf Schnur (Hrsg.): Quartiersforschung, Quartiersforschung, Wiesbaden. S. 177-199.
- Gilliard, Jane; Marshall, Mary (Hrsg. 2011): Transforming the Quality of Life for People with Dementia through Contact with the Natural World: Fresh Air on My Face, Jessica Kingsley Publishers, London.
- Gruber, Kathrin; Gruber, Elisabeth (2015): Active Ageing in der Region Schneebergland. Gesellschaftliche Herausforderungen des demografischen Wandels in ländlichen Regionen. In: SWS Rundschau (55.Jg.), Vol. 03/2015, 306-326.
- Gruber, Kathrin; Deibl, Christine; Gruber, Elisabeth; Derkits, Ingeborg (2014): Mehr Lebensqualität im Alter. Impulse für das Schneebergland. Wien/Katzelsdorf. Erarbeitet im Projekt ACTIVE AGEING. (http://raumforschung.univie.ac.at/fileadmin/user_upload/inst_geograph_raumforschung/ActiveAgeing/EB-aa-141107_Handlungsoptionen_de.pdf)
- Hassink, Jan et al. (2006): Farming for health – Green-Care farming across Europe and the United States of America. The Netherlands, Springer, Dordrecht.
- Häußermann, Hartmut (2004): Zwischenevaluation des Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Die Soziale Stadt“. Bisherige Ergebnisse. In: Walther, Uwe-Jens; Mensch, Kirsten (Hrsg.): Armut und Ausgrenzung in der „Sozialen Stadt“. Konzepte und Rezepte auf dem Prüfstand, Darmstadt, S. 268-287.
- Hinsdale, Mary Ann; Lewis, Helen M.; Waller, S. Maxine (1995): It Comes from the People. Community Development and Local Theology, Temple University Press, Philadelphia.
- Hirschman, Albert O. (1992): Denken gegen die Zukunft. Die Rhetorik der Reaktion, Hanser Verlag, München-Wien.
- Jacobs, Jane (1961): Tod und Leben großer amerikanischer Städte, Frankfurt am Main.
- Jungmair, Junia Anna (2015): „Green Care“: Tagesbetreuung am Bauernhof für Senioren. Eine Chance zur Diversifizierung der (ober)österreichischen Landwirtschaft speziell für Bäuerinnen, Masterarbeit am Institut für Marketing und Innovation der Universität für Bodenkultur, Wien
- Klingholz, Reiner; Kröhnert, Steffen; Medicus, Franziska (2006): Die demografische Lage der Nation. Wie zukunftsfähig sind Deutschlands Regionen? Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, München.
- Lazarsfeld, Paul F.; Jahoda, Marie; Zeisel, Hans (1975, org. 1933): Die Arbeitslosen von Marienthal. Sein soziografischer Versuch, Suhrkamp, Frankfurt am Main.

- Lengwiler, Martin (2007): Vom Übervolkerungs- zum Uberalterungsparadigma. In: Barlösius, Eva; Schick, Daniela (Hrsg.): Demografisierung des Gesellschaftlichen. Analysen und Debatten zur demografischen Zukunft Deutschlands, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden. S. 187-204.
- Liu, Mao-Mei (2013): Migrant Networks and International Migration: Testing Weak Ties. In: *Demography* (2013) 50:1243–1277.
- Lutz, Wolfgang; Sanderson, Warren C.; Scherbov, Sergei (2004): The End of World Population Growth in the 21st Century: New Challenges for Human Capital Formation and Sustainable Development. Earthscan, London.
- Lutz Wolfgang; Skirbekk, Vegard; Testa, Maria Rita (2006): The Low-Fertility Trap Hypothesis: Forces that May Lead to Further Postponement and Fewer Births in Europe. *Vienna Yearbook of Population Research* 2006: 167-192.
- Maier, Konrad; Sommerfeld, Peter (2001): Für einen konstruktiven Umgang mit professionellen Paradoxien. Entwicklung eines Modells konkurrierender Rollen der Sozialarbeit beim Aufbau einer tragfähigen Alltagskultur im Stadtteil. *Sozialmagazin*, 26, 32-41.
- Mayring, Philipp (2008): *Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken*, 10. Auflage, Beltz Verlag, Weinheim und Basel.
- Messerschmidt, Reinhard (2014): "Garbled demography" or "Demographization of the social"? A Foucaultian discourse analysis of German demographic change at the beginning of the 21st century. In: *Historical Social Research* 39, 300-339.
- Penta, Leo (Hg., 2003): *Community Organizing - Die Macht der Beziehungen*, Hamburg.
- Rademacher, Christian (2013): *Deutsche Kommunen im Demographischen Wandel. Eine Evaluation lokaler bevölkerungspolitischer Maßnahmen*. VS Wiesbaden.
- Schnur, Olaf (2003): *Lokales Sozialkapital für die „soziale Stadt“*. Politische Geografien sozialer Quartiersentwicklung am Beispiel Berlin-Moabit, Opladen
- Schnur, Olaf (2004): Am Rande der City: Nachbarschafts- und Engagementpotenziale in Quartiermanagementgebieten der neuen Berliner Mitte. *Berliner Geografische Arbeiten*, 97, 109-116.
- Schubert, Herbert (2004): Netzwerkmanagement – Planung und Steuerung von Vernetzung zur Erzeugung raumgebundenen Sozialkapitals. In: Müller, Bernhard; Lob, Stephan; Zimmermann, Karsten (Hrsg.): *Steuerung und Planung im Wandel*. Festschrift für Dietrich Fürst. Wiesbaden, 177–200.
- Schubert, Herbert (1995): *Demokratische Identität. Der soziologische Pragmatismus von Charles Horton Cooley*, Frankfurt/M.
- Schulman, Michael D.; Anderson, Cynthia (1999): The Dark Side of the Force: A Case Study of Restructuring and Social Capital. In: *RurSoc*, 64, 351-372.
- Schulz, Markus S. (2015): „Open futures: struggles from below“, *Open Democracy / ISA RC-47: Open Movements*, 17 March. <https://opendemocracy.net/markus-s-schulz/open-futures-struggles-from-below-0>.
- Schuppert, Gunnar Folke (2006): *Zauberwort Governance. Weiterführendes Forschungskonzept oder alter Wein in neuen Schläuchen?* WZB-Mitteilungen: 53–56.
- Siebel, Walter (2008): Über sozialwissenschaftliche Verkürzungen und politische Denkhemmungen in der Diskussion zum demografischen Wandel. In: Reinhold Sackmann; Jonda, Bernadette; Reinhold, Maria (Hrsg.): *Demografie als Herausforderung für den öffentlichen Sektor*. Wiesbaden, 285-302.
- Skocpol, Theda; Morris, Fiorina (1999): Making Sense of the Civic Engagement Debate. In: Skocpol, Theda/ Morris, Fiorina: *Civic Engagement in American Democracy*, Washington (D.C.).
- Weber, Gerlind; Fischer, Tatjana (2012): Gehen oder Bleiben? Die Motive des Wanderungs- und Bleibeverhaltens junger Frauen im ländlichen Raum der Steiermark und die daraus resultierenden Handlungsoptionen. In: Bechmann, Ulrike; Friedl, Christian (Hrsg.), *Mobilitäten. Beiträge von Vortragenden der Montagsakademie 2011/12 Bd. 8*, 199-214; Grazer Universitätsverlag - Leykam - Karl-Franzens-Universität Graz, Graz.
- Weiss, Stephanie; Blumer, Daniel (2013): *Sozial nachhaltig Bauen: Gesellschaftspolitische Utopie und ein neues Handlungsfeld der Sozialen Arbeit*. In: Drilling, Matthias; Oehler, Patrick (Hrsg.): *Soziale Arbeit und Stadtentwicklung, Quartiersforschung*, Wiesbaden.
- Wiesinger, Georg (2011): „Green Care“ in Landwirtschaft und Gartenbau – Resümee der COST Aktion 866 „Green Care“ in Agriculture“. In: Bundesanstalt für Bergbauernfragen (Hg.) *Facts & Features Nr. 49*, Wien.
- Wuthnow, Robert (1994): *Sharing the Journey: Support Groups and America's New Quest for Community*, New York.
- Zentrum für Alterswissenschaften, Gesundheits- & Sozialpolitikforschung (ZENTAS) (2008): *Tagesangebote für betreuungs- und/oder pflegebedürftige ältere Menschen in Niederösterreich, St. Pölten*.